

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Petizeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 29.

Sonnabend, den 20. Juli 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Flotter Geschäftsgang in der Steinindustrie. — Aus dem Konsum-
vereinswesen. — Wirtschaftliche Rundschau. — Das Heilverfahren
nach der Reichsversicherungsordnung. — Wider die politischen Geis-
tlichen. — Zum Tarifabschluß in Colmar (Elsas). — Die Anwalts-
kammern der Arbeiter. — Rundschau. — Bekanntmachungen des
Zentralvorstandes. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-
änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911. —
Arbeitsnachweis und Gewerkschaftskampf. — Der Kampf im Granit-
werke Seebach (Schwarzwald). — Korrespondenzen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Jena: Kalksteinbetriebe. — Laucha:
Platz Heinitz. — Hall: Werkplätze Burrer und Käß. —
Mühlhausen (Elsas): Platz Brüder. — Grimma: Firma
Weißhorn. — Magdeburg: Firma Furcht. — Har-
burg: Firma Mayer.

Seebach (Schwarzwald). Der Streik bei den Granitwerken
Seebach dauert unverändert fort.

Lütchenbach (Baden). Sämtliche Firmen in Lütchen-
bach sind gesperrt und ist Zutritt streng fernzuhalten.

Coburg und Steinwiesen. Die hiesigen Granitwerke haben
die „geheime“ Sperre eingeführt. Die reisenden Kollegen
mögen dieses beachten.

Reinheim (Odenwald). Durch einen Tarifvertrag auf drei
Jahre ist der neunwöchige Streik bei der Firma Froh-
mann & Co. beendet. Der Vertrag umfaßt die Stein-
mehlen, Hand- und Maschinenschleifer. Die Arbeit wurde am
15. Juli wieder aufgenommen. Erreicht wurden minimale
Verbesserungen der Stundenlöhne und Akkordpositionen,
auch wird die bisherige eifständige Arbeitszeit für Schleifer
im Laufe der Tarifdauer auf zehn Stunden reduziert.

Dortmund. Mit den hiesigen Marmor- und Granit-
werken konnte erstmalig ein umfangreicher Tarif ab-
geschlossen werden. Es konnten für die Kollegen wesent-
liche Verbesserungen herausgeholt werden.

Dürrensdorf. Die Granitarbeiter stehen hier seit sieben
Wochen im Streik. Der Unternehmer Jakobowicz mutet
den Brechern eine Lohnreduzierung von 15—30 Proz. zu.
Einigungsverhandlungen sind eingeleitet.

Dresden-Pirna. Die reisenden Kollegen werden dringend
ersucht, sich nach ihrer Ankunft sofort bei der Orts-
verwaltung zu melden.

Tiefenstein (Amt Waldshut i. Baden). Die Firma Ed.
Störz sucht durch Ingerate 15—20 Granitsteinhauer.
Wie uns von den dortigen Kollegen mitgeteilt wird,
haben dieselben schon seit vier Wochen keinen Lohn er-
halten. Wer sich vor Schaden hüten will, ist gewarnt.

Kirchenlamig (Fichtelgebirge). Für 300 Granitarbeiter
konnte „erstmalig“ ein Tarif abgeschlossen werden. Die
Löhne der Hilfsarbeiter konnten ebenfalls um 2 Pfg.
die Stunde erhöht werden.

Kaiserhammer (Fichtelgebirge). Der Neuabschluß des Tarifs
brachte den Kollegen wesentliche Verbesserungen.

Bischofswerda (Lausitz). Die Granitindustriellen haben den
Tarif anerkannt. Die Kündigung hatte genügt. Die
Kollegen hatten es satt, sich von den Unternehmern auf
der Nase herumtanzen zu lassen. Es handelt sich um
einen erstmaligen Abschluß.

Demitz-Thumitz. Trotz des Tarifabschlusses haben die Unter-
nehmer die „geheime“ Sperre eingeführt. Zutritt ist zu
unterlassen.

Wittasdorf (Zahlstelle Strehlen). Im Granitwerk Böcker &
Nikolaier wurde soeben für 100 Pflastersteinmacher erst-
malig ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Schaffung eines
Schiedsgerichts wurde anerkannt. — Vor fünf Jahren
lehnte die Firma jedes Zugeständnis ab und es kam zu
einem achtwöchigen Kampfe.

Bonn a. Rh. Infolge Lohnunterschieden ist die Firma Ader
gesperrt.

Hußfines (Schlesien). Die Pflastersteinmacher der Firma
Kohla & Schmidt stehen in Lohnbewegung. Es ist zu
erwarten, daß die Firma ihren Arbeitern ein dem-
entsprechendes Entgegenkommen zeigt.

Verbach. Der Tarif für die Pflastersteinarbeiter wurde von
den Unternehmern anerkannt.

Zu Oesterreich-Ungarn sind gesperrt: Ofegg, Görkau, Tep-
litz (Böhmen), Stanislaw (Galizien), Wien, Cilli, Trient,
Temesvar (Georg Kapfer), Bosjonn, Arad, Györ, Pécs,
Zombor, Esseg (Kroatien).

Dänemark. Die Marmor- und Granitschleifer in
Kopenhagen befinden sich seit 8. Juni im Streik.

Flotter Geschäftsgang in der Steinindustrie.

Die deutsche Steinindustrie weist zurzeit einen günstigen
Geschäftsgang auf. Die Unternehmer in den großen Stein-
bruchgebieten führen lebhaft darüber Klage, daß sie von
den Eisenbahnbehörden, bezüglich der Stellung von Wagen,
außerordentlich schlecht bedient werden. Es ist eigentlich
der günstige Konjunkturstand in der Steinindustrie, wenn
man dabei das Baugewerbe berücksichtigt, nicht so ohne
weiteres erklärlich. Im Baugewerbe dürften die Arbeiter
zurzeit nicht alle in Beschäftigung sein. Besonders in
einigen Großstädten herrscht unter den Bauarbeitern eine
nicht zu unterschätzende Arbeitslosigkeit.

In der Steinindustrie, mit teilweiser Ausnahme
der Sandsteinbranche, herrscht zurzeit Hochkonjunktur.
Für zirka 5000 Kollegen der Hartsteinbranche konnten
in den beiden ersten Quartalen dieses Jahres „erstmalig“
Tarife abgeschlossen werden. Das ist ein Erfolg, wie er bis-
her in der Verbandsgeschichte einzig dasteht. Die Sand-
steinindustrie ist zwar nicht im ganzen Reich vollaus-
beschäftigt, aber immerhin kann gesagt werden, daß im Elb-
gebiet, in der Heuscheuer, im Bezirk Maulbronn umfang-
reiche Aufträge vorliegen. — Sehr flott beschäftigt ist die
Griffelindustrie in Hasenthal und Steinach (Thüring-
en). Wie uns berichtet wird, können die Griffelbestellun-
gen, die aus dem Auslande eingehen, nicht immer zur pünkt-
lichen Zeit erledigt werden. Die herzogliche Bruchdirektion
tatsächlich in Anbetracht dieser Umstände gut und bewilligte
unsern Kollegen eine fünfprozentige Lohnzulage. — Auch in
den Dachschieferbrüchen zu Gesehen, die eine Beleg-
schaft von 1500 Mann aufweisen, mangelt es nicht an Auf-
trägen. Die Verkaufspreise sind allerdings etwas gedrückt,
weil der Schiefer als Bedachungsmaterial in den Städten
weniger begehrt wird.

Mit Hochdruck wird in der Marmorindustrie ge-
arbeitet. Die Aufträge können nicht alle bewältigt werden.
Mit Vorliebe wird in Architektenkreisen ausländisches Ma-
terial begehrt und zwar vorwiegend solches aus Italien und
Griechenland. Die „Afrika-Kolonial-Marmorgesellschaft“
mit dem Sitz in Hamburg ist zurzeit bemüht, den Marmor
aus Südwesafrika an den Mann zu bringen. Die Haupt-
vertretung im Verkauf ist einem Herrn Schünemann aus
Hamburg übertragen. Bisher ist nur bekannt, daß die ge-
nannte Gesellschaft mit einem Riesendefizit gearbeitet hat.

Von einem glänzenden Geschäftsgang kann wohl in der
Pflastersteinbranche gesprochen werden, soweit
Granit und Grauwand in Frage kommen. Gedrückt ist die
Basaltindustrie in Hessen und im Westerwald. Die Lager-
plätze der größten Pflastersteinwerke sind fast geräumt. Täg-
lich werden Neuausschreibungen vorgenommen, wie nach-
stehende Aufstellung, die sich meistens auf die Pflasterstein-
branche bezieht, beweist. Es schreiben aus:

Stadtbauamt Belber: 1800 Meter Bordsteine aus Nieder-
mendiger Basaltlava.

Bauinspektion Bensheim: 1000 Meter Randsteine aus Lava
oder Granit.

Eisenbahnbetriebsamt Görlitz I: 8000 Quadratmeter Granit-
pflastersteine.

Stadtbauamt Arnsherg: 2300 Quadratmeter Basaltklein-
pflastersteine.

Großherzogliche Bauinspektion Freiburg: 150 Kubikmeter
Werkstein aus Sandstein.

Eisenbahnbauabteilung Osnabrück: 13 000 Kubikmeter
Steinschlag.

Tiefbauamt Hagen: 5300 Meter Bordsteine.

Tiefbauamt Halle: 10 000 Quadratmeter Reihenpflastersteine,
2000 Meter Granitbordsteine, 400 Meter Granitbordsteine.

Wasserbauamt Dirschau (Westpreußen): 14 000 Kubikmeter
Steinschlag.

Magistrat Schleswig: 4000 Quadratmeter Pflastersteine.

Eisenbahnbetriebsamt Brandenburg: 2040 Quadratmeter
Pflastersteine.

Tiefbauamt Bremen: 4000 Tonnen Kleinpflaster aus Basalt.

Landesbauamt Kreuznach: 930 Meter Bordsteine.

Militärbauamt I in Straßburg i. E. Steinmearbeiten
für den Neubau in den Garnisonen Dieuze und Zabern.

Eisenbahnbetriebsnebenamt in Frankenberg, Hess.-Nass.
2400 Quadratmeter Pflastersteine.

Postbaurat in Breslau: Der zum Neubau des Oberpost-
direktionsgebäudes zu Breslau erforderliche Granitsockel.

Großh. Bauinspektion II in Offenburg. Steinhauer-
arbeiten zur Erweiterung d. Lokomotiv- u. Lenderwerkstätte.

Eisenbahnbetriebsamt II in Cottbus. Steinmearbeiten zur
Verlängerung d. nordöstlichen Flügels d. Dresdener-Straßen-Unter-
führung auf Bahnhof Cottbus.

Kgl. Eisenbahnsektion Tübingen. Steinhauerarbeiten im
Betrage von 25 203 Mk. für die Fußwegunterführung an d. Karls-
straße.

Eisenbahnbetriebsamt Dstrowo. Lieferung v. Granitpflaster-
steinen (810 Tonnen) zur Erweiterung d. Bahnhof Brunow.

Kreisbaumeister in Opelein. 5219 Kubikmeter Basalt-Hotter-
steine.

Oberbürgermeister in Cresfeld. Lieferung von Straßenbau-
materialien für die Neubebung der Dieffenerstraße nach Rosen ge-
trennt. Los 1 8500 Quadratmeter Pflastersteine (Hartgestein des
Normalformats), Los 2 1840 lfd. Meter gerade Bordsteine des Pro-
fils 25/31 Zentimeter, Los 3 1750 Quadratmeter Mosaikpflaster-
steine.

Eisenbahnbetriebsamt in Löben. Arbeiten und Lieferungen
zur Verlängerung d. Militärrampe auf Bahnhof Arns. Los 2. Liefe-
rung von 350 Kubikmeter Rundsplastersteinen.

Stadtbauamt Kassel: Zum Neubau der Stadthalle: 2000
Kubikmeter Werksteine, 1800 Meter Stufen, 1100 Quadratmeter
Plattenbeläge und 500 laufende Meter Steinsockel. Ausführungs-
frist: 18 Wochen.

Der Auftrag Kassel wird etwa die Summe von 200 000 Mark
verschlingen. Eine solche Riesenausschreibung kommt natürlich nicht
alle Tage vor.

Angesichts dieser günstigen Situation in der Stein-
industrie müssen wir betonen, daß wir mit den Fortschritten,
die der Verband in bezug auf die Mitgliederzunahme ge-
macht hat, nicht zufrieden sein können. Es hat den Anschein,
als wenn in den Zahlstellen unsere großen Erfolge auf dem
tariflichen Gebiet nicht genügend agitatorisch gewürdigt
würden. Für unsere Bewegung sind zurzeit die Chancen
außerordentlich günstig, deshalb muß in der Agitation mit
Hochdruck gearbeitet werden. Die Gauleiter sind mit klein-
lichen Tarifdingen zu verschonen, damit sie sich ungestüm in
die Agitationsarbeit stürzen können. Ausdrücklich sei be-
merkt, daß wir hierbei in erster Linie an die Werbung neuer
Mitglieder denken. — Wir haben noch ein enormes Refrak-
tationsgebiet, und wenn auch die Kollegen, die für die Neu-
gewinnung in Frage kommen, schlecht entlohnt sind, so steht
doch fest, daß unsere Agitationsarbeit bei gutem Geschäfts-
gang am ehesten von Erfolg gekrönt ist. Wer unsere Ver-
sammlungsberichte durchliest, wird selten finden, daß man
sich mit dem Punkt: Wie gewinnen wir neue Mitglieder? be-
schäftigt. Wer weiß, ob im nächsten Jahre der Arbeiter noch
so gesucht ist, als wie zurzeit. Und wenn dann die Ent-
lassungszettel „rumflattern“, dann ist ohne weiteres die
Agitationsarbeit erschwert. Jetzt sind die Lohnbewegungen
meistens abgeschlossen, so daß alles angeboten werden kann
und muß, um draußen auf dem Lande die indifferenten
Masse aufzutreiben zu können. Es muß Ehrensache der
einzelnen Zahlstellenverwaltungen sein, wenn sie in den
Versammlungen melden können, daß wieder 10, 15 oder gar
20 Mitglieder dem Verbandszugeführt wurden.

Wir erlauben dringendst, im dritten Quartal mit Hoch-
druck die Agitation zu betreiben, damit eine ansehnliche Mit-
gliedervermehrung eintritt. Wenn es auch nicht gerade
leicht ist, in die abgelegenen Steinbruchgebiete eindringen
zu können, so birgt doch der wiederholte Versuch sicherlich
den Erfolg.

Aus dem Konsumvereinswesen.

Es ist sehr erfreulich, daß auch die Steinarbeiter
immer mehr den Wert der Konsumgenossenschaften anerken-
nen. In den Steinbruchbezirken Strehlen, Ströbel, Strie-
gau, Heppenheim, Häslich, Demitz-Thumitz, Beucha, Köd-
nitz, Gommern, Schwarzenbach, Metten usw. haben sich in
den letzten Jahren die gegründeten Konsumvereine sehr gut
entwickelt. Wir haben bisher die Bewegung aufs tat-
kräftigste unterstützt und werden es auch fernerhin tun. Es
macht sich nun seit einigen Jahren eine Tendenz bemerkbar,
die dahin geht, die in der Konsumgenossenschaftsbewegung
wirkenden Kräfte zu zentralisieren. Selbstverständlich han-
delt es sich hier nicht um künstliche Gebilde. Diese Zen-
tralisationstrebungen sind diktiert durch wirt-
schaftliche Notwendigkeiten, an denen die Konsumgenossens-
chaftsbewegung nicht achtlos vorübergehen darf. Unstreitig
hat auch der kleine Konsumverein, der im abgelegenen Dorfe
isoliert seiner Tätigkeit nachgeht, wichtige Funktionen zu ver-
sehen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß dem kleinen
Konsumverein in einem leistungsfähigen Kaufmann, der
schließlich in der Lage ist, die ganze Finanzwirtschaft eines
Dorfes unter seine Kontrolle zu bringen, ein Konkurrent er-
wächst, der nicht zu verachten ist. Der kleine Konsumverein
hat auch einen kleinen Umsatz. Er verfügt über wenig Ka-
pital. Die Geschäfte des Konsumvereins werden zum großen
Teil im Nebenamt ausgeführt, wohingegen der geschäfts-
tüchtige und finanzkräftige Kaufmann in vielen Fällen sehr
wohl in der Lage ist, dem Konsumverein zu schaffen zu
machen. Die Situation ändert sich sofort, wenn der kleine
Konsumverein als Glied einer großen Organi-
sation auftritt, wenn ein großer Konsumverein in
den einzelnen Ortschaften Filialen errichtet. Jetzt steht
hinter der Filiale die finanzkräftige Organisation, der es
möglich ist, alle von Kaufleuten unternommenen Preis-
männern zu hintertreiben. Der Mehrumsatz, den ein solch
großer Konsumverein erzielt, verschafft ihm natürlicherweise
ganz andre Möglichkeiten, günstige Abschlüsse beim Einkauf
seiner Waren zu erzielen. Es ist ein großer Unterschied, ob
der Konsumverein seine Waren im kleinen kauft, oder ob er
in der Lage ist, die Gebrauchsgüter ladungsweise zu beziehen.

Es könnte nun gesagt werden, daß die zu überwindenden
großen Entfernungen Schwierigkeiten bieten, die einer er-
sprichlichen Tätigkeit eines Konsumvereins im Wege stehen.
Die Erfahrung lehrt aber, daß mit Hilfe moderner Trans-
portmittel, Eisenbahn und Automobil in erster Linie, die
Schwierigkeiten weiter Entfernungen zu überwinden sind.
Durch die Zentralisierung der Verwaltung werden auch die
Verwaltungskosten verringert, sie verteilen sich auf einen
größeren Mitgliederkreis, und weiter ist es möglich, mit den
Verwaltungsgeschäften stets besonders hierzu geeignete Per-
sonen zu betrauen.

Eine weitere Illustration für die in der Konsumgenossens-
chaftsbewegung lebenden Tendenzen ist auch die Bestrebung,

die Eigenproduktion in immer größerem Umfang in Angriff zu nehmen. Betrachten wir dieses Tätigkeitsfeld der Konsumvereine, so ist am leichtesten zu erkennen, welche Bedeutung den Bezirkskonsumvereinen beizumessen ist. Der kleine Verein mit 100 oder, wenn es hoch kommt, einigen hundert Mitgliedern, ist nicht imstande, Eigenproduktion nach den Grundregeln zu betreiben, die der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion den Vorzug vor der privatwirtschaftlichen Produktion geben. Der kleine Konsumverein kann nicht oder mindestens nicht in dem notwendigen Umfang die Maschine in den Dienst der Eigenproduktion stellen. Er kann keine großen modernen Dampfmaschinen aufstellen. Noch weniger ist er imstande, die Fleischerei rationell zu betreiben. Hier bietet der Bezirkskonsumverein die notwendige Organisation für den Betrieb der Eigenproduktion. — Am Nutzen nehmen jetzt alle Glieder des Konsumvereins teil. Brot, auf die rationellste Weise hergestellt, Fleisch in Großschlächtereien verarbeitet, gelangt bis zu den entferntesten Gliedern des Bezirkskonsumvereins.

Es ist richtig, daß auch kleine Konsumvereine Eigenproduktion betreiben, es ist auch richtig, daß kleine Konsumvereine mit ihren Bäckereierrichtungen Nützliches für ihre Mitglieder leisten, aber auch hier gilt der Satz: das Gute ist des Besseren Feind. Die rationellere Wirtschaftsweise im großen ist in der Wirtschaftsweise im engen Rahmen vorzuziehen. Gerade auf dem Gebiete der Eigenproduktion zeigt sich auch die Tatsache, daß die modernen Verkehrsmittel, in den Dienst der Konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen gestellt, alle Schwierigkeiten verschwinden lassen.

Es könnte nun der Einwand erhoben werden, daß bei der Ausbreitung des Konsumvereins, bei der Entfernung, in der die Mitglieder voneinander wohnen, der Einfluß des einzelnen Mitglieds auf die Gestaltung der geschäftlichen Angelegenheiten des Konsumvereins vollkommen verloren geht. Diese Ansicht ist grundfalsch. Sie wäre richtig, würde man der Meinung sein, die Konsumgenossenschaftsbewegung sei ein toter Körper, der nicht imstande ist, seine Organe fortzubilden. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist hingegen ein lebender Organismus, der, getrieben von inneren Notwendigkeiten, seinen Mechanismus den neuen Formen seiner Tätigkeit anpaßt. Längst ist der Einfluß der Mitglieder auf die Gestaltung aller Vereinsangelegenheiten auch dann gesichert, wenn die Mitglieder weit zerstreut wohnen. Immer mehr gehen die Konsumvereine dazu über, Mitglieder- auschüsse ins Leben zu rufen, denen sie alle jene Funktionen übertragen, die sonst die Generalversammlung besaß, soweit es die geschäftlichen Bestimmungen zulassen. Der kleinere Kreis des ständig mitarbeitenden Ausschusses aller Mitglieder verbürgt nach jeder Richtung hin den Einfluß, den die Kontrolle der Gesamtheit der Mitglieder ausübt. Wer einem Worte nicht einen falschen Inhalt geben will, wird einsehen, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung, als im innersten Kern demokratische Bewegung, durch dieses Vertretersystem die demokratische Handhabung seiner Angelegenheiten weiter entwickelt hat. Es ist demnach nicht zu befürchten, daß der Bezirkskonsumverein mit seinem großen Ausbreitungsgebiet nach dieser Richtung hin irgendwie auf Gefahren stoßen kann. Alles in allem ist zu sagen, daß die Tendenz zur Bildung von Bezirkskonsumvereinen sich immer mehr durchsetzt. Großstädtischen Konsumvereinen, die von Haus aus Bezirkskonsumvereine sind, folgen in der Entwicklung zum Bezirkskonsumverein immer mehr Vereine auf dem Lande und in den Klein- und Mittelstädten. Die Konsumgenossenschaftsbewegung kann mit dieser Entwicklung nur zufrieden sein.

Wirtschaftliche Rundschau.

Diskontermäßigung. — Saatensand und Getreidepreise. — Baumwollindustrie, Elektrotechnik, Kobleisenerzeugung. — Ausland.

Der letzte Monat hat eine ganze Reihe wirtschaftlich günstiger Faktoren in Wirkung gesetzt.

Für Deutschland kommt dabei zunächst der verhältnismäßig flüssigere Geldstand in Betracht. Die monatelang festgehaltene Spannung von nicht weniger als 2 Proz. zwischen dem deutschen und dem englisch-französischen Bankfuß wurde nach langem Zögern dadurch gemildert, daß die Reichsbank am 11. Juni wenigstens um ein halbes Prozent in ihrem Diskontfuß herabging, der seit dem 19. September des Vorjahres 5 Proz. betrug. In England besteht, wie der Leser weiß, bereits seit dem 9. Mai ein Diskont von 3 Proz.; die Bank von Frankreich verleiht am 18. Mai wieder ihre Ausnahmerate von 3½ Proz. und kehrt zu den gewohnten 3 Proz. zurück. Die belgische Nationalbank ermäßigte am 31. Mai ihren Satz von 4½ auf 4 Proz. Das deutsche Verhalten verrät noch immer viel Vorsicht; wie sie durch die außerordentliche allseitige Kreditanspannung nach wie vor bedingt ist. Nachdem sich aber der Reichsbankpräsident noch am 30. Mai in der Sitzung des Zentralausschusses über die Möglichkeit einer Diskontänderung sehr wenig günstig ausgesprochen hatte, war die Wirkung des Schrittes um so eindrucksvoller.

Ähnlich belebend wirkten die anhaltend erfreulichen Saaten- und Erntebereiche. Das Vorjahr brachte zwar für Deutschlands Getreideertrag durchaus nicht die großen Nachteile, die man nach der ununterbrochenen Trockenheit und Dürre befürchtet hatte; aber die allgemeine Weltweite zeigte ein großes Defizit. Vor allem vermochte Rußland nicht in dem Maße, wie vorher in den Erntejahren 1909/10 und 1910/11, die Lücken der zuzufuhrbedürftigen Länder Europas auszufüllen, so daß für Roggen, Hafer und Gerste überall eine außerordentliche Preissteigerung zu verzeichnen war; weniger für Weizen, weil hier der Zufuhrbedarf Mittel- und Westeuropas von vornherein erheblich geringer blieb. Diesmal werden die deutschen Ernteaussichten als überwiegend gute, sowohl von amtlicher wie von privater Seite, bezeichnet. Für Rußland erwartet man, nach allen bisherigen Anzeichen, ein geradezu glänzendes Ergebnis. Was über die Donauländer, die Vereinigten Staaten und Kanada, ferner über Argentinien, Australien und Indien verlautet, klingt nicht ganz so bestimmt, jedoch immerhin überwiegend zuversichtlich.

Wenn in der Preisgestaltung des Großhandels vorläufig noch wenig von diesen Erwartungen zu spüren ist, so rührt dies in erster Linie von der sehr niedrigen Einschätzung der aus alter Ernte verfügbaren Vorräte her. Das preisbeeinflussende Angebot wird gerade beim Getreide sehr wesentlich von den älteren „Reserven“ mitbestimmt, und zweifellos sehen sich diejenigen Elemente, die noch vor dem Zustrom neuer Erntemengen zum Ankauf von Getreide gezwungen sind, durch die schmalen verfügbaren Restbestände in ziemlich große Verlegenheit gesetzt. Daß der Handel aber mit einem baldigen Umschwung rechnet, zeigen die starken Preisunterschiede zwischen Julilieferung und Septemberlieferung: in Berlin notierte Juliweizen und Juliroggen in der Woche vom 11. zum 18. Juni beispielsweise 229 bis 232 und 193¼ bis 195¼ Mark, während in der übernächsten Woche (25. Juni bis 2. Juli) der Septemberweizen stets unter 208¼, der Septemberroggen für höchstens 174¼ Mark zu haben war. Die Umschlagmengen mögen in einem wie im anderen Falle fast belanglos gewesen sein, wie so häufig beim Uebergang von alter zu neuer Ernte; die vorwiegenden Vermutungen der Handelskreise sprechen sich unlegbar in diesen Preisziffern der größten und maßgebendsten deutschen Produktionsbörsen aus. Heute, am 8. Juli, notiert Septemberweizen sogar 203,25 bis

203 Mk., Septemberroggen 170,25 bis 170,50 Mk.; die Borsenkreise halten also an ihrer Beurteilung der zukünftigen Marktverhältnisse fest.

Bekanntlich sind diese Hoffnungen, so wäre nicht nur ein brückernder Alp von der Brust der konsumierenden ärmeren Bevölkerung genommen. Auch große Industriezweige müßten die vermehrte Kaufkraft der Massen in der Hebung des Absatzes für ihre eigenen Erzeugnisse spüren. In besonderem Maße gilt dies für die Textilindustrie, für deren hervorragenden Zweig ferner noch günstige Aussichten der Rohstofflieferung sich darbieten. Nach den bis her vorliegenden Berichten über die amerikanischen Baumwollpflanzungen rechnet man auf einen guten Durchschnittsertrag von etwa 13 bis 14 Millionen Ballen. Umgekehrt wie beim Getreide, fallen jedoch, nach der vorjährigen Rekorderte, bei der Baumwolle noch ansehnliche Vorräte preiswidernd in die Waagschale. Die sichtbaren Vorräte stellten sich nämlich am 28. Juni des laufenden Jahres auf 2,699 Millionen Ballen gegen 1,784 Millionen in 1911 und 1,728 in 1910. Wenn die Baumwollpreise trotzdem nicht niedrig stehen (am 8. Juli in Bremen 67 Pfg. für Upland Middling, in Liverpool Julilieferung 6,77 Pence), so rührt das lediglich von der starken internationalen Rohstoffnachfrage, also von dem regen Geschäftsgang der Baumwollgewerbe her. Die (deutschen) Textilfabrikanten, schreibt man dem Berliner Tageblatt, „sind zurzeit reichlich beschäftigt und auf längere Termine hinaus mit Aufträgen versehen. Dies dürfte auch wohl in der Hauptsache den Anstoß dazu gegeben haben, daß die Fabrikanten kürzlich eine Erhöhung der Garn- und Gewebepreise eintreten ließen, die durchschnittlich circa 20 Proz. beträgt.“

Als Brennpunkt aller Lichtstrahlen stellt sich die Elektrizitätsindustrie dar. Mit dem Bau von Dynamomaschinen, Elektromotoren, Transformatoren und ähnlichem ist sie so stark beschäftigt wie nie zuvor. Die Gesellschaften sind genötigt, immer längere Lieferfristen auszubedingen, und führende Werke beabsichtigen eine weitere Ausdehnung ihrer Betriebe. Vor allem soll die große Berliner Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, im letzten Drittel des Jahres, eine Kapitalerhöhung um 20 bis 30 Millionen Mark vornehmen wollen. Nach der letzten Bilanz hatte die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ein Aktienkapital von 180 Millionen Mark, daneben offene Reserven von 60 Millionen Mk. und einen Obligationenumsatz von 80 Millionen Mk. In dieser Bilanz stehen ferner die Union-E.-S.-Aktien und die von der Union übernommene Werke, sowie die sämtlichen Maschinen und Werkzeuge aller Abteilungen — zusammen ein riesiges Objekt — nach der Woff. Ztg. mit je einer Mark zu Buche!

Auch aus der Eisenindustrie hört man von zahlreichen Preisauflösungen. Die deutsche (und luxemburgische) Kobleisenerzeugung stellte sich während der Monate Januar bis 30. Juni 1912 auf 8 424 632 Tonnen, gegen 7 682 639 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Das vorteilhafte Bild wird noch dadurch verstärkt, daß selbst Länder, die sonst nur langsam in Gang zu kommen pflegen, gleichfalls ihre Aufschwungzeit durchmachen. So Österreich seit dem Verliegen der bosnischen Wälder, während Rußland augenblicklich sogar eine Periode des Gründungs- und Spekulationswindels erlebt.

Berlin, 17. Juli 1912.

Max Schippel.

Das Heilverfahren nach der Reichsversicherungsordnung.

Nach dem § 1269 der Reichsversicherungsordnung „kann“ die Versicherungsanstalt, um die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität eines Versicherten oder einer Witwe abzuwenden, ein Heilverfahren einleiten. Es „kann“ die Versicherungsanstalt das Heilverfahren übernehmen, aber sie „muß“ das nicht. Obwohl im allgemeinen die Versicherungsanstalten trotz der großen Vermögensbestände wenig für das Heilverfahren ausgegeben, eruchte das Reichsversicherungsamt in einem Rundschreiben vom 11. Mai 1910, in Zukunft alles zu vermeiden, was die weitere Entwicklung der Vermögenslage der Versicherungssträger ungünstig beeinflussen könne. Zu diesem Zwecke sei auf „unlichste Beschränkung“ aller durch das Invalidenversicherungsgesetz nicht unmittelbar vorgezeichneten Ausgaben Bedacht zu nehmen. Dies gelte auch von den Kosten des Heilverfahrens. Letzteres sei im Laufe der Jahre bei einer Anzahl von Versicherungsanstalten in weitem Umfang ausgestaltet worden. Bei einem Fortschreiten auf diesem Wege wäre ernstlich zu befürchten, daß die Einnahmen der Versicherungssträger ihrem eigentlichen Zwecke zu stark entzogen würden.

Die Reichsversicherungsordnung hat nun mit dem § 1355 noch eine weitere Verschlechterung herbeigeführt. Hiernach müssen die Versicherungsanstalten den Vorschlag, bevor ihr der Ausschuh festsetzt, der Aufsichtsbehörde vorlegen. Der Vorschlag enthält auch die für die Zwecke des Heilverfahrens vorgegebene Summe. Die Aufsichtsbehörde soll den Vorschlag u. a. beanstanden, wenn er die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt zur Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen gefährdet. Gegen diesen Eingriff in die Selbstverwaltung der Versicherungsanstalten haben bei Beratung des Gesetzes die Sozialdemokraten unter Hinweis auf die Nachteile, die den Versicherten drohen, vergeblich protestiert.

Nun ist die Bestimmung der Reichsversicherungsordnung, soweit sie die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung betrifft, kaum ein halbes Jahr wirksam, und schon zeigen sich, soweit die Uebernahme des Heilverfahrens in Betracht kommt, zwar keine Besserungen gegen früher, wohl aber Verschlechterungen. Verlangte doch die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt von einem Steingutdreher im Jahre 1910 einen Wechsel seines Berufes, andernfalls würde sie ein Heilverfahren in Zukunft nicht mehr für ihn übernehmen. Nachdem im Mai dieses Jahres die Versicherungsanstalt eine erneute Uebernahme des Heilverfahrens abgelehnt, wandte sich der Steingutdreher beschwerdeführend an das Reichsversicherungsamt. Von dort ging ihm folgende Antwort zu:

Nach § 1269 der Reichsversicherungsordnung sind die Versicherungsanstalten nur berechtigt, nicht auch verpflichtet, ein Heilverfahren zu übernehmen. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, der bereits im Jahre 1909 die erste Heilbehandlung für Sie übernommen hatte, hat die zweite Heilbehandlung im Jahre 1910 erst dann eingeleitet, als Sie die bestimmte Erklärung abgegeben hatten, den Ihrer Gesundheit schädlichen Beruf als Steingutdreher nach der Entlassung aus der Heilstätte Schielo zu wechseln. Wenn nun der Vorstand erklärt, jede weitere Heilfürsorge für Sie im Falle einer erneuten Erkrankung abzulehnen, so kann seiner Stellungnahme im Auflichtswege nicht entgegengetreten werden. Es kann Ihnen zu Ihrem eignen Vorteil auch nur dringend geraten werden, fortgesetzt bemüht zu sein, eine anderweitige, weniger gesundheits-schädliche Beschäftigung zu erhalten und den Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt von einem etwaigen Wechsel Ihres Berufs umgehend Anzeige zu machen.

Der Wechsel des Berufs ist natürlich leichter vorgeschlagen als wie ausgeführt. Das dürfte man in Merxburg und Berlin ebenfalls wissen. Wie die Antwort des Reichsversicherungsamts ergibt, kann dieses der Stellungnahme der Versicherungsanstalt im Auflichtswege nicht einmal entgegengetreten.

Auch bei der Versicherungsanstalt Thüringen, die bisher die Uebernahme des Heilverfahrens ziemlich wohlwollend aufnahm, weht nun ein anderer Wind. Einem Versicherten, der die Lieferung eines Zahnstuhles beantragte, erklärte die Anstalt u. a., daß sie Kostenaufschüsse nur für größere Heilmittel, d. h. solche mit einem Mindestaufwand von 20 Mk. gewähre. Da der erforderliche Zahnstuhler nur 18 Mk. Kosten verursache, erfolgte Ablehnung. Weiter heißt es in dem Entschiede:

Im übrigen sprechen wir die Erwartung aus, daß Sie in künftigen Zeiten nichtversicherungspflichtiger Beschäftigung für eine regelmäßige freiwillige Beitragsleistung sorgen. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die freiwillige Fortsetzung der Versiche-

rung durch die Mindestleistungen (in zwei Jahren 20 Beiträge) wohl ausreichend ist, um die gesetzlichen Ansprüche eines Versicherten aufrecht zu erhalten, daß sie aber für die Dauer in diesem Umfang einen Gegenwert für ein lohnspieliges Heilverfahren (bekanntlich eine freiwillige Leistung der Landesversicherungsanstalt) nicht darstellt. Als Voraussetzung für die Einleitung eines Heilverfahrens muß vielmehr im Interesse der Gesamtheit der Versicherten, insbesondere der ständigen Beitragszahler, verlangt werden, daß erheblich mehr als diese Mindestleistungen, und zwar möglichst Woche für Woche und in der Klasse der letzten Pflichtmarken Beiträge nachgewiesen werden. Eine solche Beitragsleistung hat auch den besonderen Nutzen, daß die Höhe der Kranken- und Invalidenrente gesteigert wird.

Dieses in ziemlich energischem Tone abgefaßte Schreiben belehrt — namentlich die Versicherten, die sich freiwillig weiter versichern —, daß die Verwendung von 20 Marken in zwei Jahren ihnen nur eine Rente im Falle der Invalidität sichert. Stirbt ein solcher Versicherter, ohne in den Genuß der Rente gelangt zu sein, dann hat die Witwe Anspruch auf Rente, wenn die Anwartschaft aufrecht erhalten worden ist. Daß aber für Versicherte, die im Falle der Weiterversicherung nur die Mindestzahl an Marken (20 in zwei Jahren) verwenden, die §§ 1269 und 1274 (Heilverfahren usw. betreffend) ausbleiben, dies dürfte bisher wenig bekannt sein. Wie aus dem Schreiben der Versicherungsanstalt Thüringen hervorgeht, werden, um Anspruch auf das Heilverfahren erheben zu können, mehr wie 20 Marken in zwei Jahren verlangt. So zeigen sich immer weitere Mängel in der Sozialgesetzgebung.

Wider die politischen Geistlichen.

Wenn die katholische Geistlichkeit und mit ihr die Kirche selbst mehr und mehr an Vertrauen verliert, dann tragen die Schulb auch jene Geistlichen mit, die ihr Amt zu politischen und persönlichen Zwecken mißbrauchen. Zahllose Menschen haben sich schon der Kirche entfremdet, da sie es nicht verstehen können, wie die Diener der Kirche, die die Achtung und Liebe des Menschen zum Menschen predigen sollen, sich einer Agitation hingeben, die allerhand schlimme Folgen zeitigen muß. Fanatismus, Unwahrhaftigkeit, Bosheit, wirken doppelt schlimm, wenn sie von Priestern ausgehen. Das ist eine alte Erfahrung, die jeder gesammelt hat, der mit den politischen Geisteskräften und ihrer Agitation zu tun bekommen hat. Kein Wunder, daß sich im priesterlichen Lager die schlimmsten Bedenken gegen diese politischen Agitatoren breit machen.

So veröffentlichte die Nord-Trioler Zeitung vor kurzem die Zuschrift eines Trioler Pfarrers, der sich in schärfster Weise gegen die politischen Geistlichen wendet. In der sehr interessanten Zuschrift heißt es:

... Was mir die Feder in die Hand trieb, das war ein kurzes Gespräch unter Geistlichen über den Nachfolger des mit dem Tode ringenden Bischofs von Triolen (seiner Bischof Altemeisel, inzwischen gestorben. D. Red.). Nicht von seiner Niedergang sprachen sie, nicht vom Gebete zum Allmächtigen für den Schwerverkranken, nein, ihre Sorge war, ob der zu erwartende Nachfolger christlich-sozial oder konservativ sein müsse. Also während ihr Dasein oberhaupt mit dem Tode ringt, hat sein Klerus nur die eine Sorge: welcher Partei wird sein Nachfolger angehören? Nicht darauf richten sich die Augen, daß uns ein frommer Bischof, ein an Glaube, Frömmigkeit und Liebe reicher Oberhirt besetzt werde, sondern auf politische Chancen. Das ist das traurige, tieftraurige Zeichen am heutigen Klerus. In einer Zeit, wo eine neue Weltanschauung, der unsern feindlich entgegengesetzt, mächtig vorbringt, wo die Sorge für die Seelen die Kräfte aller Geistlichen benötigt, da sind es irdische Dinge, die der rein irdische politische Streit, dem sich der Klerus hingibt. Wehe uns, wenn ein politischer Bischof den Stuhl des heiligen Kaffian bestiegen soll. Dann wird er recht der politische Daber entbrennen und die Wunden, die das religiöse Leben durch die politische Tätigkeit des Klerus bisher schon erlitt, werden vertieft, werden noch vermehrt. Burska um Altar, das muß das Lösungswort sein, mit dem ein neuer Oberhirt des Klerus die Kräfte der in die Hand nimmt. Nicht ganze Nächte im Wirtshaus bei politischen Tischgesellschaften sollen die verbringen, die in der Frühe des nächsten Tages das Messopfer vollbringen müssen. Kann denn das Volk noch glauben, daß ein Priester reinen, friedvollen Mergens dem Allerhöchsten sich nahe, der vielleicht in einer früheren Morgenstunde noch trierte vom Kaffe gegen politische Andersdenkende? Der mit wilder Gebärde aufzoberte, den Gegner zu schänden, vielleicht gar wirtschaftlich zu ruinieren? Das Volk macht sich seine Gedanken, wenn es auch noch aus Achtung vor dem Priesterkleid schweigt. Hat der Geistliche der Versammlung, in der er das große Wort führte, den Rücken gekehrt, dann tauscht mancher mit dem Nachbarn seine Ansicht aus; was aber da oft gesprochen wird, klingt anders als: „Effe sacerdos magnus.“ Da wird der Herr Kooperator kurzweg „Paff“ genannt.

Und auch der geistliche Mitbruder, der sich nicht an ihrem politischen Treiben beteiligt, der das Heil der Welt nicht in einem christlich-sozialen oder konservativen Abgeordneten, sondern in der religiösen Unterweisung sieht, der sich am Krankenbett, in der Schule, für notwendiger erachtet als bei einer Pflaundersube, Piusvereinsverammlung oder in einer Schriftleitung, auch der ist verächtlich, im geheimen Unerlaubtes zu tun, vielleicht ist er gar ein „Mobernisi“.

Nur wer selbst das Priesterkleid trägt, hat eine Ahnung von den Intrigen, von den Listen, die sich da um den Ahnungslosen spinnen, und die Fäden dieses Netzes laufen gar oft bis zum Generalvikar. Einst ein in jeder Hinsicht unabhängiger Mann, ist der Pfarer heute wehrlos den Schlangenzungen scheinheiliger Beschwöster ausgesetzt; seitdem die „amoth“ Gesetz sind, sind wir machtlos der Verleumdung preisgegeben und unser Brot ist ein unheiliger geworden. Man hat in Laienkreisen keine Ahnung, wie einschneidend das Entfernungsdekret für uns geworden ist; aus dem Bischof wurde ein Diktator, und wenn der Generalvikar nicht grün ist, dem blühen heutzutage keine Rosen.

Ferner sind wir Weltmeister der Spionage durch die Ordensleute mehr wie je ausgeliefert. Die beste Gelegenheit hierzu bieten die Missionen. Angeblich zur Erweckung und Stärkung des religiösen Lebens, sind sie doch das beste Mittel, um den Missionären Einblick zu gewähren in den Zustand einer Pfarrei, und was hier beobachtet wird, das wird weiter berichtet, und gar mancher natve Dorfpfarer hat es erfahren, daß seine Oberen nach Abhaltung einer Mission plötzlich so viel an seinem Wirken auszustellen hatten, während er vordem jahrelang unbehelligt war.

Diesen wirklich trefflichen Ausführungen noch etwas hinzuzufügen, siehe die Wirkung des Dargelegten abschwächen.

Zum Tarifabschluß in Solmar (Elsas).

Erstmalig ist es uns in unsern alten Zahlstelle gelungen, den bis jetzt bestehenden wilden Akkord abschaffen zu können. Die Zahlstellenverwaltung hat natürlich auch in früheren Jahren nichts unterlassen, das bestehende willkürliche Zahlungs-system zu beseitigen und an dessen Stelle ein geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis zu setzen. Leider brachten unsere Kollegen am Orte einer solchen Bewegung nicht das nötige Interesse entgegen, so daß in der Regel alle früheren Bewegungen im Sande verfielen. Doch das bestehende Verhältnis wuchs nun allmählich zur Unerträglichkeit aus. Für dieses Jahr wurde nun abermals eine Lohnbewegung inszeniert und mit Freuden können wir feststellen, daß diesmal alle Kollegen mit Ausdauer und festem Willen unsere gute und gerechte Sache unterstützten. Am 1. Juni erfolgte unsere Eingabe auf 65 Pfg. Stundenlohn mit den sonst üblichen Bestimmungen eines Tarifvertrags. Bis zum 15. Juni erwarteten wir Antwort von den Arbeitgebern. Dieser Tag verstrich, ohne daß wir eine Rückäußerung erhielten. Die Lohnkommission und der Vorstand wurden darauf sofort vorstellig und erreichten damit auf den 20. Juni eine Verhandlung. Unser Material war derart belastend, daß die Arbeitgeber eine Regelung anerkennen mußten. Die Arbeitgeber machten uns den Vorschlag, den Straßburger Akkordtarif einzuführen. Prinzipielle Gegner waren wir hiervon nicht. Nur fehlten den Unternehmern hierzu die Unterlagen, so daß sofort eine weitere Verhandlung aus-

Ausarbeitung auf den 27. Juni festgelegt wurde. In diesem Verhandlungstage wurde von den Arbeitgebern der Vorschlag gemacht: Stundenlohn 60 Pfg., Afford nach dem Straßburger Tarif mit 10 Prozent Abzug. In dieser Sitzung ging es ziemlich heiß her, jedoch blieb man immer wieder bei der Sache. Eine Einigung wurde an diesem Tage nicht erzielt. Am 3. Juli fand die letzte Verhandlung im Beisein eines Vertreters von Arbeitgeberbunde statt. Kollege Braun war in allen Verhandlungen zugegen und unterstützte uns sehr gut. Erreicht wurde: der Stundenlohn beträgt mindestens 61 Pfg.; bei Affordarbeit wird der Straßburger Tarif mit allen seinen Positionen (ohne 60) zugrunde gelegt; vom gesamten Affordverdienst werden 8 Prozent in Abzug gebracht; an Sonnabenden wird eine Stunde früher Feierabend gemacht. Im übrigen umfaßt unser Vertrag 13 Paragraphen, welche die gesamten Arbeitsverhältnisse erläutern, Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit regeln. Haben wir auch beim erstmaligen Abschluß nicht das alles erreicht, was wir forderten, so haben wir doch endlich den wilden Afford besittigt. Kollegen, nun gilt es, das Erreichte mit aller Entschiedenheit hochzuhalten, daß am 31. März 1918 beim Ablauf des Tarifvertrags die Unternehmer uns genau so geschlossen antreffen, wie während unserer diesmaligen Bewegung!

Die Anwaltskammern der Arbeiter.

Die Arbeitersekretariate haben sich in Deutschland glänzend entwickelt. Sie sind im richtigen Sinne des Wortes zu wahren Anwaltskammern der Arbeiter geworden. Das „Korrespondenzblatt“ schreibt darüber folgendes:

Gleichen Schritt mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrem wachsenden Einfluß auf die sozialen Verhältnisse halten die Rechtshilfsinstitutionen der organisierten Arbeiterschaft. Auch die vorliegende Statistik für 1911 kann von abermaliger Fortentwicklung berichten. Wohl stieg die Zahl aller Rechtshilfsinstitutionen im Jahre 1911 nur gering, erheblich ist aber die abermalige Steigerung der Personen, welche sich an die Rechtshilfsinstitutionen der organisierten Arbeiterschaft wandten und die Zahl der von den Sekretariaten geleisteten Auskünfte und Rechtshilfen. Unter Berücksichtigung des Umstands, daß ein Teil der Sekretariate mit Rücksicht auf eine geordnete Erledigung der übernommenen Rechtshilfsangelegenheiten, nicht allen Personen, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation, Auskunft erteilen oder Rechtshilfe gewähren kann, zum Teil auch aus organisatorischen Gründen nicht gewähren will; unter fernerer Berücksichtigung der erfreulichen Tatsache, daß von Seiten unserer Gegner das möglichste getan wird, um die Bevölkerung von der Benutzung unserer Rechtshilfsinstitutionen abzuhalten, ist die weitere Zunahme dieser Zahlen eine Erscheinung, die uns befriedigen kann und die alle Ansehnungen, welche unsere Einrichtungen so im Laufe des Jahres erfahren, ausgleicht.

Im Vorjahre berichteten 112 Sekretariate, dieselben bestanden alle auch durch das Jahr 1911, es ist keine hiervon im Berichtsjahr eingegangen. Eine Tatsache, die sonst nicht zu konstatieren war und welche darauf schließen läßt, daß mit den Organisationen der Arbeiterschaft auch diese Einrichtungen eine stärkere Stabilität erlangt haben. Neu errichtet wurden 1911 6 Sekretariate; ein sechstes, bisher unter Auskunftsstellen gezählt, berichtete in diesem Jahre gleichfalls unter Sekretariate, so daß die Statistik mit 119 Sekretariaten abschließt. Zu konstatieren ist, daß mit der Errichtung eines Sekretariats in Danzig nunmehr in allen Provinzen und Bundesstaaten Deutschlands Sekretariate der organisierten Arbeiterschaft bestehen. Von den bestehenden 119 Sekretariaten sind 13 Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes, wovon 11 auch andern Personen, nicht nur Bergarbeitern, Auskunft erteilen.

Von der sich immer fester gestaltenden Form unserer Organisationen berichtet neben andern die ständig zunehmende Zahl der Sekretariate, welche den Kartellen unterstehen und von diesen verwaltet werden. Diese Zahl ist 1911 auf 62, also 52 Prozent aller Sekretariate, angewachsen; sie betrug 1909 46 und 1910 50. Prozent. Die Auskunftsstellen oder Rechtshilfsinstitutionen sind in der größten Anzahl aller Sekretariate an alle Angehörigen, die sich an das Sekretariat wenden. Der andre Teil der Sekretariate beschränkt den Kreis der Personen, welchen Auskunft erteilt oder welchen neben der Auskunft weitere Rechtshilfe gewährt wird.

Persönliche Vertretungen haben im Berichtsjahre 99 Sekretariate übernommen. 18 weitere Sekretariate übernahmen persönliche Vertretungen, diese mit einem außerordentlichen Zeitaufwand verbundene Tätigkeit nur in besonderen Ausnahmefällen, meist nur vor den Gewerbegerichten.

Die Uebermittlung von Beschwerden an die Gewerbeaufsicht übernahmen im erforderlichen Falle 113 Sekretariate. Statistisch besorgten 75 Sekretariate, in weiteren drei wurden statistische Arbeiten nur in Ausnahmefällen ausgeführt. Neben der Funktion als Rechtskunftsstellen und Rechtshilfsstellen betreiben 87 Sekretariate gewerkschaftliche Agitation und verrichten andere gewerkschaftliche Arbeiten. An mehreren Orten, wo letztere Tätigkeit nicht zu den Obliegenheiten des Sekretariats gehört, besteht neben dem Arbeitersekretariat ein besonderes Gewerkschaftssekretariat.

627 028 Auskunfts- und Rechtshilfsuchen wandten sich im Berichtsjahre an die Sekretariate, diese Zahl stieg gegen das Vorjahr um 47 944, das sind 8,27 Proz. Von den Auskunftsuchen waren 590 758 Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen, also 94,22 Proz. der Gesamtkunftsuchen. Von Angehörigen anderer sozialer Stände, wie selbständige Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Arbeitgeber oder sonst Personen anderer Stände wandten sich 30 850 an die Sekretariate, um Auskunft oder Rechtshilfe zu erlangen.

Die Zahl der erteilten Auskünfte stieg im Berichtsjahre auf 638 968. Das Mehr gegen das Vorjahr beträgt 48 061, die Zunahme also 7,86 Proz. Von den Auskünften wurden 625 204 mündlich, 33 694 schriftlich erledigt. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze, welche im Vorjahre einen kleinen Rückgang aufwies, stieg gegen das Jahr 1910 erheblich, und zwar von 141 063 auf 150 060, also um 6,35 Proz. Eine Steigerung, die um so mehr ins Gewicht fällt, da mit ihr ein erhebliches Anwachsen der Arbeitsleistung verbunden ist.

Für 11 Jahre liegen über die Tätigkeit der Sekretariate statistische Aufzeichnungen vor. In dieser Zeit wandten sich in 4 096 921 Fällen nachsuchende an die Arbeitersekretariate, 4 285 900 Auskünfte bzw. Rechtshilfen konnten in dieser Zeit dank der Solidarität und Opferwilligkeit der Arbeiter geleistet werden. Von den insgesamt in diesen Jahren intensiver Tätigkeit geleisteten Auskünften und Rechtshilfen entfallen auf: Arbeiterversicherung 1 275 008 = 29,8 Prozent, Bürgerliches Recht 1 257 804 = 29,8 Proz., Arbeits- und Dienstvertrag 638 367 = 14,9 Proz., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 558 918 = 13 Proz., Strafrecht 286 104 = 6,7 Proz., Arbeiterbewegung 64 156 = 1,5 Proz., Privatversicherung 50 815 = 1,2 Proz., Handels- und Gewerbeachen 25 475 = 0,6 Proz., Vereins- und Vermählungsrecht 10 204 = 0,2 Proz. und Sonstiges 109 040 = 2,5 Prozent.

Mit der allgemeinen Tätigkeit der Sekretariate stieg auch die Zahl der persönlichen Vertretungen. Sie hat sich in den Jahren von 1907 bis 1911 mehr als verdoppelt; sie betrug damals 3175 und ist jetzt auf 6426 gestiegen. Im letzten Jahre betrug die Zunahme 506 = 10,22 Proz. Von den im letzten Jahre wahrgenommenen persönlichen Vertretungen erfolgten 6558, also mehr als die Hälfte, vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung.

Die zur Ausübung der persönlichen Vertretung wahrzunehmenden Termine erreichte 1911 die erhebliche Zahl von 7880. Hieran waren 106 Sekretariate beteiligt. Es wurden 1911 621 Termine mehr wahrgenommen als 1910, 1191 mehr als im Jahre 1909; eine Steigerung von 19,24 Proz. in den beiden Jahren.

Die Unterhaltung der Sekretariate wird von Jahr zu Jahr in stärkerem Maße eine Angelegenheit der beteiligten Organisationen. Nur noch an 20 Orten werden von den Mitgliedern der beteiligten Organisationen besondere Beiträge erhoben, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß an 7 von diesen Orten nicht die Mitglieder aller beteiligten Organisationen zu besonderen Beiträgen herangezogen

werden, sondern daß hier von einem Teil der beteiligten Organisationen die Beiträge direkt aufgebracht werden.

Die für 107 Sekretariate vorliegenden Angaben über die Einnahmen und Ausgaben ergeben, daß Kartelle und beteiligte Organisationen den größeren Teil der Einnahmen der Sekretariate aufbringen. Von der Gesamteinnahme, welche 556 373 M. betrug, entstammen von diesen Körperschaften 416 426 M. Das sind 74,85 Prozent der Gesamteinnahmen. Durch besondere laufende Beiträge der Mitglieder der beteiligten Organisationen wurden 85 705 M. für die Sekretariate aufgebracht, 21 291 M. weniger als im Vorjahre. Zuwendungen erhielten die Sekretariate 36 291 M., und zwar zahlte die Generalkommission an einmaligen und laufenden Summen an die Sekretariate 17 927 M. Die Parteiorganisationen zahlten 11 784 M. an die Sekretariate, von sonstigen Arbeiterunternehmungen wurden den Sekretariaten 3080 M. zugeführt. Aus Staats- und Gemeindegeldern erhielten: das Sekretariat Koburg, welches vollständig aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten wird, 2400 M., das Sekretariat Bamberg einen Zuschuß von 1100 M. Die Gesamtausgabe betrug 512 918 M.

Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle gingen im Berichtsjahre von 203 auf 198 zurück, trotzdem haben auch die von diesen Einrichtungen erteilten Auskünfte und angefertigten Schriftsätze abermals zugenommen. 47 367 Auskünfte haben 184 Auskunftsstellen erteilt, 15 579 Schriftsätze wurden im Berichtsjahre von 160 Auskunftsstellen angefertigt. Ferner wurden 872 persönliche Vertretungen von 88 Auskunftsstellen wahrgenommen.

Von beiden Einrichtungen zusammen wurden im letzten Jahre 706 325 Auskünfte erteilt, gegen das Vorjahr eine Steigerung von 49 082. In welchem Umfange die gemeinnützige Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen sich entwickelt hat, wird ersichtlich, wenn man der Zahl von 1911 die Zahl des Jahres 1905 gegenüberstellt, aus welchem das erstmalig für beide Einrichtungen zusammen Zahlen vorliegen. Die im Jahre 1905 von beiden Einrichtungen erteilten Auskünfte betragen 315 946.

Rundschau.

Abgebligte Rationale. Im Pflastersteingebiet Gommern und Umgebung hielt kürzlich ein Herr Jäger aus Eilenburg eine Versammlung ab. Steinarbeiter waren ja nicht anwesend, aber zwölf Bruchmeister hatten sich eingefunden, um dem „tiefgründigen“ Vortrage des Herrn Jäger zu lauschen. Der Speech war aber sogar für diese Leute ungenießbar, und so verließen einige Bruchmeister noch während des Vortrags das Lokal. Herr Jäger scheint mit seiner Organisation in „Gellb“ zu machen, aber für dieses Gewerbe ist in Gommern kein Boden vorhanden. Die Herren Unternehmer sollen sehr ungehalten sein, weil sich die Steinarbeiter nicht schamlos zu dem Vortrage des Herrn Jäger bemühten.

Der Jahnentheil. Von einer Bettelei, die auf die derzeitigen Verhältnisse in den christlichen Gewerkschaften ein bezweifelndes Licht wirft, wird dem Grundstein aus Hildesheim berichtet. Dort will sich der christliche Bauarbeiterverband eine Fahne anschaffen. Da er die Mittel dazu nicht hat, so bettelt man bei den Unternehmern und Zentrumsgroßen um milde Gaben. Der Maurer Borgas wurde zu diesem Zwecke mit einer vom christlichen Verband gestempelten Bille herangeführt. Und siehe da: der Maurermeister und Büngevorsteher Gieren gab 5 M., andre Herren gaben weniger. Das schloß aber ist, daß sich der christliche Verband von dem Maurermeister Gieren die Beihilfe halten läßt! Im Jahre 1910 wurden die christlich organisierten Bauarbeiter Hildesheims mit ihren frei organisierten Kollegen aufs Pflaster geworfen; und der Mann, der jetzt von der christlichen Organisation für würdig gehalten wird, die Fahne zu weihen, hat noch vor wenigen Jahren, als die freie und die christliche Organisation um ihre Anerkennung rangen, beiden Organisationen als ihr erbitterter Feind sein „Niemaß“ entgegengerufen. Man sieht, die Zeiten ändern sich!

Solche Leute geben vor, Arbeiterinteressen zu vertreten, trotzdem sie die Unternehmer anbeteln.

Von der Münchener Gewerbechau. Auf der Gewerbechau ist die bayrische Steinindustrie ihrer Bedeutung entsprechend leider nicht genügend vertreten. Die Altbayer Marmorwerke haben allerdings einige gute Erzeugnisse hauptsächlich aus bayrischem Material ausgestellt. Und wir können sagen, daß man sich mit den oberfränkischen und oberbayerischen Marmorarten sehr wohl sehen lassen kann. Auch das Anspolbinger Material macht einen geradezu famosen Eindruck mit seiner rötlichen Farbennüancierung. — Um die Eigenschaften Kunst auf der Ausstellung richtig zur Geltung bringen zu können, ist extra eine geräumige Kirche nebst zwei Friedhöfen errichtet worden. In der Kirche sind viele Wegewänder, Kelche, Ständerlein mit ornamentalem Schmuck usw. ausgestellt. Da es in Bayern ja Klöster und andre kirchliche Anstalten in Hülle und Fülle gibt, so wird es ein Leichtes gewesen sein, die Ausstellungsgegenstände zusammenzubringen zu können. — Beim Betreten des ersten Friedhofs ist ohne weiteres ersichtlich, daß sich dort die Wiesbadener Richtung an der Ausstellung sehr betätigt hat. Das Muschellalkmate rial ist überwiegend stark vertreten. Die Holz- und Eisenartze sollen nur beweisen, daß die genannte Kunstrichtung aufsteigend auf Vielfältigkeit Wert legt. Was uns sofort auffiel, war, daß einige Denkmalen nicht mit der genügenden Sorgfalt durch den Steinmetzen hergestellt sind. — Im zweiten Friedhof ist die Monumentalindustrie vertreten. Die Entwürfe zeigen meistens neue Formen und man merkt sofort, daß die Granitindustriellen sich Mühe geben, dem herrschenden Kunstgeschmack entgegenzukommen. Die Bearbeitung der ausgestellten Granitdenkmäler muß als eine sehr tadellose genannt werden.

Schiedsprüche der Schlichtungskommissionen sind steuerpflichtig! Raum hat sich die Aufregung über die Verfügung des Finanzministeriums wegen der Steuerpflicht der Tarifverträge im Arbeitsverhältnis gelegt, beglückt uns die Steuerbehörde mit einem neuen Verlangen, das geeignet ist, alle Kreise der Bevölkerung zu einem energischen Protest aufzufordern. Das Hauptzollamt Berlin verlangt von der Schlichtungskommission für das Porzellan- und Meißnerkeramikgewerbe Berlins 16 M. Stempelsteuer für einen von ihr gefällten Schiedspruch, und zwar 10 M. für das vom Amtsgericht Berlin eingeforderte Original und je 3 M. für die den Parteien angefertigte Abschrift. Das Hauptzollamt begründet sein sonderbares Verlangen mit dem Hinweis auf Tarifstelle 57 des Bundesstempelsteuergesetzes. Die Unterzeichner des Schiedspruches, also der unparteiische Vorsitzende und die vier Beisitzer, sind für die geforderte Summe solidarisch haftbar. Außerdem wurde der Vorsitzende der Schlichtungskommission ersucht, sich rechtzeitig zu äußern, warum die rechtzeitige Besteuerung unterblieben ist, da eine Zuwiderhandlung gegen das Stempelsteuergesetz vorliegt. Die Zollbehörde hat nämlich erst Ende April Kenntnis von dem am 17. Februar 1912 gefällten Schiedspruch durch das lgl. Amtsgericht erhalten, welchem auf sein Anfordern Original und Abschrift zugesandt wurden, weil ein delinquent und verurteilter Bediener selbständig auf Nichtigerklärung des Schiedspruches klagt. Selbstverständlich ist gegen diese Forderung des Fiskus sofort Beschwerde eingelegt worden.

Angst vor der „Vollstufung“ verrät auch die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung. Sie bespricht in ihrer Nr. 27 die neue Gründung, hält es für selbstverständlich, daß mit derselben nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern auch politische Zwecke verfolgt werden, glaubt aber nicht, daß der Behörde ein Vorwand zum Eingreifen geboten werde. Man werde sich neutral geben, so die Arbeiter einfangen und mit den eigentlichen Zwecken erst herauskommen, wenn dieser Mitgliederfang seine Schuldigkeit getan habe. Für die katholischen Arbeiterorganisationen, für alle politischen bürgerlichen Parteien sei die Gründung von großer Wichtigkeit, da sie sofort auf 100 000, vielleicht auf 200 000 Mitglieder zu rechnen habe. Die katholische Arbeiterbewegung in Köln, die neuerdings auch die Arbeiterversicherung aufgenommen hat, zählt 62 000 Mitglieder. Daneben bestehen in den katholischen Arbeitervereinen noch eine Anzahl lokaler Kassen. Durch systematische Agitation für die Vo-

llstufung, durch Aufgabe der Sozialkassen sollen die katholischen Arbeitervereine an ihrem Teile den Kampf gegen die Vollstufung führen. Wenn die Gründung der Vollstufung auch diese Kreise zwingt, die vorhandenen Einrichtungen zu verbessern und zu erweitern, so werden alle Freunde der Vollstufung nichts dagegen haben, sondern mit Recht auch darin schon einen Erfolg ihrer Gründung sehen.

Ueber die Firma Weiterauer Basaltwerke Scherer u. Co., Kommanditgesellschaft in Dellmit in Hesse, ist der Konkurs verhängt worden.

Ein vernünftiges Wort über die deutschen Gewerkschaften. In der Münchener Hochenschrift „März“ führt Otto Forbach die jüngst von Professor Ludwig Bernbard angestellte Behauptung, die Gewerkschaftsbewegung befördere die Sabotage, glänzend ab. Er sagt dort:

„Man braucht nur mit den elementarsten Ergebnissen soziallogischen Forschens bekannt zu sein, um zu wissen, daß Gewerkschaftsbewegung und Sozialismus die Arbeiter gelehrt haben, nicht mehr im einzelnen Arbeitgeber, geschweige in der Arbeiter freilegenden töten Maschine ihren Feind zu sehen, sondern in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Auch daß sie gelehrt wurden, sich als Erben der kapitalistischen Gesellschaft zu fühlen, mußte in ihnen allen vandalistischen Regungen entgegenwirken; denn dadurch wurde bei ihnen die Vorstellung hervorgerufen, all die wunderbaren Erzeugnisse der kapitalistischen Produktion würden, soweit sie für längere Dauer geschaffen sind, einst ihnen oder ihren Kindern ausgeliefert werden. Je besser sich das Proletariat in Gewerkschaften organisierte und je mehr es für marxistisch-sozialistische Ideen eingenommen wurde, desto weniger verspürte es mehr Neigung, seinen Groll gelegentlich an den Maschinen oder Einrichtungen auszulassen, an oder in denen sie für kapitalistische Zwecke zu arbeiten gezwungen waren. Die Sabotage, so wie sie in Frankreich betrieben wird, hat ohne Zweifel größtenteils nach den ursprünglichen daß des unsozialistisch denkenden Arbeiters gegen die Maschine zur Triebfeder, so sehr das auch die syndikalistische Ideologie zu verschleiern sucht. Insofern dies der Fall ist, wird das auch in Frankreich, wie Sombar mit Recht hervorhebt, durch den Mangel an starken gewerkschaftlichen Organisationen erklärt. Dem Mitgliede einer starken Gewerkschaft muß die französische Sabotage unfinstig erscheinen, denn er kann es sich nicht anders vorstellen, als daß der Arbeiter durch ihre Anwendung das Fundament zerstört, auf dem sich ein das Gebäude einer besseren Wirtschaftsordnung erheben soll.“

Alles das ist einem aufgeklärten Arbeiter so geläufig, daß es kaum noch gesagt zu werden braucht. Und doch freut man sich, wenn auch ein Fernstehender sozial Einsicht in unsere Gedankenwelt bekommt.

Ein bedeutender Steinindustrieller gestorben. Der Inhaber der bekannten Steinbruchsirma Karl Sparmann u. Co., Demitz-Thumitz, Herr F. Huth in Dresden, ist vor einigen Tagen plötzlich verstorben. Wie wir erfahren, wurde dessen Krankheit und Tod geheim gehalten, so daß selbst das Personal erst nach der Einäscherung Kenntnis davon erhielt. Herr Huth war ein rühriger Unternehmer, der es verstand, seinem Geschäft einen guten Ruf zu sichern. In den Sparmannschen Betrieben in Demitz, Amenz und Häslitz dürften insgesamt 600 Arbeiter beschäftigt sein. Der Verstorbenen bekleidete innerhalb der Unternehmerkorporationen die verschiedensten Ehrenämter. Das Unternehmen wird trotz des Todesfalles sicherlich weitergeführt werden können.

Die Marmor- und Marmorarbeitenindustrie, bis vor kurzem noch eine der blühendsten Industrien in Florenz, hat gegenwärtig eine schwere Krise durchzumachen, an welcher die Konkurrenz Deutschlands und Frankreichs die Hauptrolle trägt. Wie dem Konjunktionsbericht des britischen Generalkonsuls zu Florenz zu entnehmen ist, sind die meisten Erzeugnisse dieser Industrie, welche man in den Läden von Florenz bewundern kann, nicht aus Marmor, sondern aus Alabaster, der zwar im Naturzustande sehr durchscheinend ist, durch einen Brennvorgang jedoch dem kararischen und Serravezza-Marmor ziemlich ähnlich im Aussehen wird; da er bedeutend weniger hart als Marmor ist, erfordert seine Bearbeitung auch nur einen Kostenaufwand von etwa 50 Proz. von der des Marmors. Weißer Alabaster findet sich nur in der Provinz Pisa. Die Kleinplasturen aus Alabaster, wie Briefbeschreiber, Statuetten und Nippes, waren früher eine ausschließlich toskanische Industrie, die besonders in Volterra ihren Sitz hatte. Jetzt jedoch gibt es sowohl in Deutschland wie in Frankreich große Fabriken, in denen Alabasterstatuen und -Statuetten durch Maschinerie hergestellt werden, und die ihr Rohmaterial zu niedrigen Preisen aus Pisa beziehen; diese Fabrikware tut der florentinischen, trotzdem diese künstlerisch weit höher steht, enormen Abbruch. Um nun diesem Uebelstande entgegenzuwirken, soll jetzt eine Vereinigung toskanischer Finanzleute mit den Alabasterbräuhern verhandeln; sie will, zum Vorteil der toskanischen Skulptur, das Monopol des Alabasters erwerben.

Nachstellbare Gesteinsfräser werden in der „Bauplatz“ empfohlen: Bei der Bearbeitung von Gestein bis einschließlich Marmorhärte mittels rotierender Fräser haben sich Stahlwerkzeuge speziell für die Ausführung feinerer figurlicher Formen den Diamantwerkzeugen gegenüber durch glatteren Schnitt und dadurch bewirkte ruhigere Führung der Maschine von jeher ausgezeichnet, auch stellen sie sich bedeutend billiger. Leider aber nutzen sich Stahlfräser schnell ab und erleiden durch Nachschleifen Formenveränderungen, die zur Herstellung genauer Kopien unbedingt vermeiden werden müssen. Andauernde Versuche zur Ueberwindung dieser Nachteile führten schließlich zur Erfindung der von Professor Hans Sundrieser konstruierten und von diesem und Baurat A. Stapp durch Patente geschützten, nachstellbaren Fräser, deren Schneiden in Haltern stecken, leicht herausnehmbar, tausch- und nachstellbar sind, während die Form des Halters die Lehre für den Schliß bildet. Prof. Max Kruse's Kopiermaschine arbeitet mit diesen Fräsern, die für Ziegel, Muschellalk, Marmor und Beton mit getauschten Ringen auch zur Metallbearbeitung verwendbar sind. Die Nachstellung der Ringe geschieht durch einen in den Halter eingeschraubten, gegen die Ringe wirkenden Schaff. Für das in Eisenbetonbauten notwendige Bohren einer sehr großen Anzahl von Dübellöchern und Schlitzen zur Anbringung und Durchführung von Drähten, Kabeln und Rohren ist der Sundrieser-Fräser unter Benützung der leicht zu handhabenden, tragbaren elektrischen Bohrmaschinen ganz besonders geeignet, da er, zugleich mit dem Beton, die darin eventuell eingelassenen eisernen Träger oder sonstige Eisenteile durchbohrt, was mit Stochmeißeln nicht möglich ist. Gegenüber dem Ausstemmen der Löcher mittels Stemmzeug oder Stochwerkzeugen wird sich daher das Bohrwerkzeug zweifellos überlegen erweisen. Es findet auch ein Fräser mit Stahlbrähten an Stelle der Klinge Verwendung. Die Stahlbrähte werden nie geschliffen, sondern nur nachgestellt. — Die Vorteile der neuen Fräser (insolge der rentablen Konstruktion und einfachen Handhabung sowie ihrer billigen Herstellungsweise) werden als ins Auge springend angepriesen und wird behauptet, daß bei Benützung dieser Fräser in Verbindung mit Kopiermaschinen beliebiger Konstruktion, sich die Kosten, beispielsweise der Herstellung von Bildhauerarbeiten, in dem jetzt so beliebten Muschellalk nicht viel höher stellen als, einfache Antragsarbeit, was ja für das gesamte Bauwesen sowie für das große Feld mechanischer Kunstproduktion ganz neue Perspektiven eröffnet. Mit verhältnismäßig geringen Kosten sollen sich gleichfalls kostbare bildhauerische Arbeiten, die sich vielleicht nur als Unikata in Museen befinden, für öffentliche oder private Zwecke in effizienter Material reproduzieren lassen, und so würde auch dem Kunsthandel durch die neue Sundrieser'sche Erfindung sicherlich ein erheblicher und mancher sonst schwer zugängliche Kunstwert auf einem größeren Kreis von Bewunderern erreichbar gemacht werden.

Ein berufsmäßiger Schwindler. Während des letzten Bergarbeiterstreiks trat in Zwida ein Betrüger auf, der im Streikbureau die unwahre Mitteilung machte, es sei eine größere Anzahl polnischer Bergarbeiter aus Oesterreich-Schlesien angeworben worden und bereits auf dem Wege nach hier. Er sei der Kolonne vorausgegangen, um die Streikleitung davon zu verständigen. Er ver-

langte nun Geld für die Rückreise und um die angeblich angeworbenen Arbeitswilligen zurückhalten zu können. Man ließ sich von dem Schwindler auch betören und gab ihm 55 Mk. Neuliche Manipulationen hat er auch in Delnig i. B. und in Wittweida ausgeführt, wo er aus der Textilarbeiterverbandskasse 20 Mk. bezw. 28 Mk. herausgeschwindelte. Der Schwindler wurde in dem vielfach vorbestrafter Arbeiter Franz Nische aus Eintracht bei Freudenholz in Osterrhein-Schlesien ermittelt und vom Landgericht Zwickau wegen dieser Betrügereien zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre verurteilt.

Dieser Nische hat es auch verstanden, die Steinarbeiterzahlstellen Gera und Erfurt anzuschwindeln. Nische ist geüblter des Streiks der Steinarbeiter bei der Firma Korb u. Zöpelmann nach Gera gekommen. Er scheint erst die Absicht gehabt zu haben, sich als nützliches Element dem Unternehmer zur Verfügung zu stellen, ist dann aber auf das Streikbureau gegangen und hat sich dort unter dem Vorgeben, er sei von Graz nach Gera gelockt worden und wolle dahin zurückkehren, 35.40 Mk. erschwindelt. Er ist dann nach Zwickau gegangen, wo er ähnliche Schwindelaktionen verübte. Die Strafkammer verurteilte ihn am 7. Juli zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis. Nach der Verurteilung sollte der Betrüger in seine Zelle zurückgebracht werden, entriß sich aber dem Aufseher und entkam ins Freie. In der Kasernestraße wurde er bereits aufgegriffen und in das Gefängnis zurückgebracht. Von solchem Gefindel hängt dann unter Umständen der Erfolg der Unternehmer ab. Darum sind diese wahrlich nicht zu beneiden!

Demerk sei, daß die Erfurter Kollegen überdies so lulant waren und einen Strafantrag nicht gestellt hatten. Wir betonen, daß unsere Kollegen bei Streiks mit den Abschiebegebern nicht so schnell bei der Hand sein sollen.

Inkrafttreten von Teilen der Reichsversicherungsordnung.

Der Reichsanzeiger vom 15. Juli veröffentlicht folgende Verordnung, die nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats vom Kaiser erlassen ist:

Artikel 1. Die Vorschriften des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung über die Errichtung, Ausgestaltung, Vereinigung, Ausschreibung, Auflösung und Schließung von Krankenkassen und das Verfahren dabei treten, soweit sie nicht schon in Kraft gesetzt worden sind, mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung, jedoch unter der Maßgabe in Kraft, daß die allgemeinen Ortskrankenkassen und die Landkrankenkassen sowie solche Änderungen in der Organisation bestehender anderer Kassen, welche nicht durch die Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes bedingt sind, erst mit dem 1. Januar 1914 ins Leben treten.

Artikel 2. Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Kassenvereinigungen der im § 414 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Art treten mit dem 1. September 1912 in Kraft.

Artikel 3. Die Vorschriften des Dritten Buches und die zu ihrer Durchführung erforderlichen anderen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung (Unfallversicherung) treten mit dem 1. Januar 1913 in Kraft.

Artikel 4. Alle übrigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung treten, soweit sie nicht bereits vorher in Kraft gesetzt worden sind oder noch werden, mit dem 1. Januar 1914 in Kraft.

Artikel 5. Alle bestehenden Gemeindefrankenversicherungen sind mit Ablauf des 31. Dezember 1913 zu schließen.

Artikel 6. Alle bestehenden Ortskrankenkassen für einzelne oder mehrere Gewerbezweige- oder Betriebsarten oder allein für Mitglieder eines Geschlechts sowie alle bestehenden Betriebskrankenkassen und Innungs- oder Berufskrankenkassen, welche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zugelassen werden wollen, haben den Antrag auf Zulassung bei ihrem Versicherungsamt spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezember 1913 zu stellen.

Artikel 7. Die den eingeschriebenen Hilfskassen nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes ausgestellten Bescheinigungen werden, soweit diesen Hilfskassen nicht bereits vorher als Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit eine Bescheinigung nach § 514, Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung erteilt worden ist, mit dem Ablauf des 30. Juni 1914 ungültig.

Gleichzeitig veröffentlicht der Reichskanzler eine Bestimmung vom 10. Juli, die eine Reihe Uebergangsbestimmungen für die Unfallversicherung vorsieht.

Ortskrankenkassenkongreß. Der Hauptvorstand deutscher Ortskrankenkassen hält vom 18. bis 21. August im Gürzenich zu Köln seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht:

1. Bericht der geschäftsführenden Kasse.
2. Vortrag über Gewerbekrankheiten und Reichsversicherungsordnung. Referent: Dr. med. Wilh. Hanauer-Frankfurt am Main.
3. Einhebung der Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durch die Krankenkassen. Referent: Hermann Eichstädt-Weimar.
4. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten. Referent: Karl Brachel-Köln.
5. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apotheken. Referent: Apotheker Staller-Charlottenburg.
6. Zentralisation der Krankenkassen. Referent: Brandes-Magdeburg.
7. Das Versicherungsgesetz für Angestellte. Referent: Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal.
8. Praktische Verwaltungsfragen.
9. Das Dienstverhältnis und die Dienstordnung der Kassenangestellten. Referent: Graf.
10. Bestimmung des Ortes zur Abhaltung der nächstjährigen ordentlichen Mitgliederversammlung.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In der gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes mit dem Verbandsausschuß am 7. Juli 1912 wurden auf Grund der eingegangenen Bewerbungsschreiben zu den in Nr. 24 und 25 des „Steinarbeiter“ ausgeschriebenen Stellen folgende Kollegen gewählt: Georg Steininger-Deucha, als Gauleiter für den Gau Schlesien;

Christian Schmidt-Bayreuth und Theodor Koch-Erfurt, als Sekretäre für das Hauptbureau.

33 Verbandsmitglieder hatten sich beworben; es sei den übrigen Bewerbern für ihre Mühe bestens gedankt.

Der Münchner Verbandstag hatte ebenfalls beschlossen, daß der Verbandsvorstand aus seiner Mitte einen 2. Verbandsvorsitzenden wählt. Als solcher ist nunmehr der Kollege Hermann Siebold bestimmt worden.

Ueber die Art der Handhabung bei Auszahlung der Reiseunterstützung sind uns in letzter Zeit verschiedene Beschwerden zugegangen. Die Ortsverwaltungen haben, soweit sie nicht selber Auszahlung der Reiseunterstützung sind, diese Auszahlung auf folgendes wiederholt aufmerksam zu machen:

Reiseunterstützung wird erst vom dritten Tag nach Antritt der Reise gewährt!

Hiergegen wird sehr oft verstoßen, indem die Unterstützung bereits am ersten oder zweiten Tage zur Auszahlung gelangt. Ferner wird sehr oft nicht beachtet, daß

die Auszahlung nur von zwei zu zwei Tagen geschehen darf, und zwar nur am Fälligkeitstage.

Es ist also unzulässig, die Unterstützung im voraus auszahlen.

Sobald uns solche Belege übermittelt werden, wo den vorstehenden Bestimmungen nicht Rechnung getragen wurde, haben die Zahlstellen der betreffenden Auszahlung die Unterstützung selbst zu zahlen, denn die Hauptkasse kann solche Belege nicht anerkennen.

Es ist den Auszahlern der Reiseunterstützung nur dringend anzuraten, die statistischen Bestimmungen auf der Rückseite der Reisekarte wiederholt zu lesen, damit die Irrtümer fortfallen und damit die Beschwerden an uns.

Der Schleifer Alfred Kühn, zurzeit in Gera, ist vom Verband ausgeschlossen wegen Vergehens gegen die Interessen der Organisation. — Vor längerer Zeit sind auch die Steinarbeiter Nikolaus Höhn und Joseph Geyer wegen Streikbruchs in Gera ausgeschlossen worden. Eine Veröffentlichung wurde seinerzeit übersehen und wird hiermit nachgeholt.

Allgemeine Bekannmachungen.

Naumburg. Den Kollegen der Zahlstelle Naumburg-Freiburg sage ich für die Anerkennung zu meiner Silberhochzeit auf diesem Wege meinen besten Dank. Gustav Bley, Steinmetz.

Adressen-Änderungen.

Donn. Vorf.: Wilhelm Duadt, Endenicher Straße 274. Bürgstadt. Vorf.: Eduard Gehrig. Raff.: Leo Metz. Coblenz. Franz Bartel, Fißelstraße 36. Deheln. Vorf.: Gottlieb Reißmann, Zingen, Schaffhausener Straße.

Einbed. Vorf.: Albert Gegenfurtner, Hayerstraße 27. Raff.: Adolf Pöhlmann, Rasenstraße 36, II. Arefeld. Raff.: Gerhard van Elten, Fpelsstraße 37. Landsberg. Vorf.: Paul Krabbes, Golma bei Landsberg. Raff.: Martin Brandstetter, Landsberg, Kleine Gasse 35.

Leipzig. Der Vorsitzende der Preßkommission, Kollege Eugen Kampfrad mußte zur Stärkung seiner Gesundheit die Heilanstalt Waldhof bei Elgershausen (Hessen-Rassau) aufsuchen. Eventuelle Beschwerden über die Redigierung des Verbandsorgans sind während seiner Abwesenheit an den Kollegen Karl Polzweißig, Leipzig-Stünz, Grenzstraße 7, zu richten.

Lüneburg. Vorf.: Fr. Rütge, Johannisstraße 18. Mannheim. Vorf.: Paul Donath, Schwefinger Straße 43, III. Mittelsteine. Vorf.: Hermann Wiedemann, Werkplatz Nigg. Rothenburg a. T. Vorf.: Hans Eichelsdorfer, Schweinemarkt 673.

Briefkasten.

L. S. Diese Mitteilung war ja geradezu köstlich. Aber solche Elemente können sich dort kaum einmischen. Besten Gruß! — D. Das Werk von Kulemann ist für Dich nicht empfehlenswert. Detaillierte Angaben enthält das Reichsarbeitsblatt Nr. 4 und 5 von 1904. — G. Wird sofort berücksichtigt. Besten Gruß! — A. Als Vorsitzender der Berliner Steinmetztechniker fungiert Herr F. Raubach, Tempelhofer, Germaniastraße 155, III. Ein Statut besitzen wir nicht. Wenden Sie sich an die genannte Adresse. — G. S., Kalifornien. Sehr getreut. Betrag macht 2.50 Mk. Sende uns doch gelegentlich einige Musterplättchen. Größe 9 auf 12 cm. Die Höhe wird Dich ja da drüben sakramentlich plagen. Viele Grüße! — Fr. Zu I.: Angenommene Kinder erlangen die Rechte ehelicher Kinder und haben ebenso wie Kinder, die nach dem Unfall geboren werden, auch Anspruch auf Hinterbliebenenrente. Zu II.: Uneheliche Kinder eines durch Unfall getöteten Arbeiters haben keinen Anspruch auf Rente. — N. Das erinnert uns an folgende Fabel: Rucud und Nachtigall stritten sich darüber, wer von beiden am schönsten singen könnte. Sie wählten den — Esel als Schiedsrichter. Die Nachtigall sang himmlische Weisen, der Rucud brachte sein „Rucud“ zum Vortrag und wurde vom Esel mit dem ersten Preise ausgezeichnet. — Ziehbite, den Schluß selbst. Besten Gruß! — D. Unmöglich. — R. S. in A. Der Bericht ist aber doch zu unwesentlich. — Ebersbach. Das selbe. Die Kartellberichte haben für uns wirklich kein Interesse.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Anzeigen

Berlin.

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c

Mitglieder-Versammlung der Sektion II (Marmorarbeiter) der Sektion I (Sandsteinarbeiter).

Tagesordnung: Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission und Stellungnahme hierzu.

Kollegen! Erscheint sämtlich in der für Euch in Betracht kommenden Versammlung.

Anmerkung: Ferienhalber ist das Bureau vom 29. Juli bis einschließlich 10. August nur nachmittags von 5 1/2 - 7 Uhr geöffnet. Die Kollegen und deren Angehörige werden ersucht, das Bureau während dieser Zeit nur zur Abhebung der Unterstützungsgelder zu benutzen, Beiträge dagegen in den Zahlstellen zu entrichten. Wichtige Angelegenheiten werden inwischen von den Sektionsleitern Louis Fahrmarkt, Neudöln, Perfurthstr. 8 (für die Sektion I), und Artur Junt, Neudöln, Waltherrstr. 26 (für die Sektion II), zur angegebenen Zeit im Bureau erledigt. Die Ortsverwaltung.

Berlin.

Sonntag, den 18. August 1912

Dampfer-Partie nach Rauchfangwerder.

Am Ziel (Rutkowskis Waldhaus): Konzert Tanz, Waldspiele, Verlosung und allerlei .. Belustigungen für jung und alt. ..

Bei ungünst. Witterung ist für angenehme Unterkunft gesorgt! Teilnehmerkarten für Erwachsene 1.25 Mk. Kinder sind frei.

Abfahrt präzise 8 1/2 Uhr v. d. Waisenbrücke (Kahn & Hertzler). Billetts sind bei den Platzvertretern, im Bureau und in den Zahlstellen erhältlich.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Das Komitee.

NB. Nicht verkaufte Billetts sind bis Freitag, 16. August im Bureau zurückzugeben. Bis dahin nicht abgegebene Billetts gelten als verkauft.

Schürzen

Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jackets, Leder- und Buchstins-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung Eigene Anfertigung. Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Neuheit für Steinmetzen!

Stockhammer mit auswechselbaren Zahnflächen Marke „Simplon“.

Prospekte gratis. Albert Baumann, Aue (Erzgeb. 12) Hartwerk und Werkzeugfabrik.



Steinmetzen

suchen für sofort A. Heinrich u. H. Hutsch Granitbrücke Bertelsdorf b. Neustadt (Sa.).

1-2 Steinbildhauer oder Steinmetzen

auf bessere Grabsteinarbeit werden sofort auf längere Zeit eingestellt. Anfragen an Richard Raue, Bildhauer, Niederoderwitz.

Beton-Werkmeister

für Kunststeinfabrikation, in allen einschlägigen Arbeiten erfahren, nur erste Kraft, energisch, mit besten Zeugnissen, für dauernde Stellung zur selbständigen Leitung des Betriebes in einer Mittelstadt der Mark Brandenburg (mit höheren Schulen) gesucht. — Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche, des frühesten Eintrittstermins und Beifügung von Zeugnisabschriften unter Chiffre A. 100 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Tüchtige Steinmetzen und Pflasterschläger

finden günstige Arbeitsgelegenheit in neu abgeräumtem Bruch. Lohn-tarif vorhanden. Meldungen an Bruchmeister Otto Sehnerl, Rauhitz (Sa.).

Tüchtige Sandstein-Steinmetzen

finden sofort Beschäftigung bei Louis Rosenthal, Beuthen (Ober-Schlesien).

Putzmeister

für Granitsteinbruch mittlerer Größe nach der Oberlausitz event. per sofort gesucht. Offerten unter Angabe der persönlichen Verhältnisse befördert die Expedition dieses Blattes unter Nr. 200.

Zirka 12 bis 15 Granitsteinmetzen

für Bauarbeit dauernd gesucht. Danl & Tollert, Beucha (Sachsen).

Per sofort gesucht einen Werkzeugschmied

sowie einen Handschleifer für Marmorarbeiten. C. Schwartz, Marmorwarenfabrik, Hadersleben.

10 tüchtige Pflastersteinhauer

stellt sofort ein Firma A. Miener, Deheln, Amt Waldshut (Baden).

Tüchtige Pflastersteinarbeiter

für feinkörnigen Granit sucht bei dauernder Arbeit G. Ingram, Granitwert Borberg, Kirchberg (Sa.).

zwei Steinmetzen.

Suche für mein Grabsteingeschäft per sofort für dauernd Joh. Gerth, Blomberg in Lippe.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.) In Ebenstetten am 13. Juli der Kollege Johann Steininger, 27 Jahre alt, infolge eines Unglücksfalles außer Beruf. In Freiburg (Baden) am 5. Juli der Kollege Johann Eppele, 38 Jahre alt, an Lungenerleiden. In Neulesenth bei Geres am 8. Juli der Kollege Michael Tröger, 46 Jahre alt, an Lungenerkrankung. In Pirna am 7. Juli der Kollege Hermann Dörner, 66 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In Zingen am 3. Juli der Kollege Joseph Wiegand, 27 Jahre alt, an Lungenerkrankung. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Das letzte Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands enthält einen längeren Bericht über Entwicklung und Stand der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911. Wie jedes Jahr, wird die christliche Gewerkschaftsbewegung auch diesmal vom Berichterstatter — Adam Stegerwald — einer Besprechung und Würdigung unterzogen. Nach ihm sind die christlichen Gewerkschaften noch immer der einzige Faktor der Bewegung, der sozialdemokratischen Bewegung die Grenzen zu ziehen. Das hören wir ja nun schon lange mit dem Erfolg, daß z. B. die freien Gewerkschaften allein in den letzten zwei Jahren zehnmal so viel Mitglieder annehmen als die christlichen Verbände. Und die Zahl der Neueinsteiger in den freien Gewerkschaften ist in diesem Zeitraum weit größer gewesen, als die christlichen Gewerkschaften überhaupt Mitglieder zählen. Wo da die christlichen Gewerkschaften die Kraft herholen wollen, die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften zu überwinden, können wir nicht erraten. Nach steierlich weiß es!

Wir bewundern den Berichterstatter, Herrn Stegerwald, um den Mut, den er alle Jahre aufwendet, um sich und die christlichen Gewerkschaften bei allen in beste Empfehlung gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu bringen. Alle Jahre mit gleichen Notizen und gleicher Musik. Dabei geraten die christlichen Gewerkschaften immer mehr gegenüber den freien Verbänden ins Hintertreffen. Und in den Gegenden, wo die christlichen Gewerkschaften dominieren, marschiert die Sozialdemokratie mit Riesenschritten vorwärts. Jawohl, da gehört viel Mut zu, sich und seine Anhänger immer wieder als die starken Kutse aufzuspielen. So etwas muß schließlich die Lachmuskeln reizen, ob man will oder nicht.

Man wappne sich auch mit Humor, wenn man an das Studium des letzten Jahresberichts Adam Stegerwalds herangeht.

Undacht stellt der Mann fest, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911 ein wichtiges Stück vorwärts gekommen sind. Die später beigefügten Zahlentabellen sollen das beweisen. Es ist richtig, die christlichen Gewerkschaften haben im Berichtsjahr an Mitgliedern zugenommen. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1911 beträgt der Zuwachs 34 459, im Jahresdurchschnitt gegen den Jahresdurchschnitt im Jahre 1910 sogar 45 828 Mitglieder. Am Schluß des Berichtsjahres waren 550 574 Mitglieder vorhanden, eine Ziffer, die schon Mitte 1911 als der Stand der christlichen Gewerkschaften angegeben wurde. Und da man heute auch nicht mehr Mitglieder angedeutet mag, sind 12 Monate ins Land gegangen, ohne daß es mit den christlichen Gewerkschaften vorwärts ging. Es ist überraschend, daß Stegerwald die Stagnation der christlichen Gewerkschaften in den letzten drei Quartalen 1911, wenn auch etwas verharmloht, selbst zugibt. Ist das ein Steigerung?

Doch wenn wir uns die Zahlen im Bericht näher an. Da wird als die „erste christliche Gewerkschaft die der Bergarbeiter“ angeführt. Ihre Mitgliederzahl soll im Jahresdurchschnitt 1910 82 023, im Jahresdurchschnitt 1911 83 588 und am Schluß des Berichtsjahres 84 321 Mitglieder betragen haben. Diese Zahlen sind falsch. Die Verträge des Bergarbeitervereins des Jahres 1911, die Mitgliederzahl, wäre der Mitgliederbestand ein Jahr wie angegeben gewesen, im Jahre 1911 gegen das Vorjahr um mindestens 30 000 Mt. höher sein, in Wirklichkeit sind aber rund 500 Mt. weniger eingetommen wie 1910. Und in den bisherigen Monaten in diesem Jahre hat der christliche Bergarbeiterverein monatlich mehrere 1000 Mt. weniger eingetommen, als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Und trotz alledem mehr Mitglieder! Das glaube Herr Adam wer will, wir nicht!

Bu den christlichen Gewerkschaften werden, wie immer, auch die Staatsarbeiterverbände gebildet. Ingesamt waren Ende 1911 59 273 Staatsarbeiter — Eisenbahner, Eisenbahnwärter und Arbeiter, Telegraphenarbeiter — den christlichen Verbänden angeschlossen, eine Zahl, auf die die christlichen Gewerkschaften viel einbilden. Vielfach, wie es ihnen gelungen ist, überhaupt Staatsarbeiter in die christlichen Gewerkschaften zu bringen, trotzdem man mitgeholfen hat, die christlichen Staatsarbeiterverbände auf die Stufe der Kriegervereine herabzudrücken. Arbeitergewerkschaften, die das gegebene Koalitionsrecht benutzen dürfen, und die christlichen Eisenbahner nicht. Wer sich aber Rechte, die das Koalitionsrecht enthält, begehrt, hat keinen Anspruch auf den Namen Gewerkschaft. Es ist und bleibt Spiegelschere, diese christlichen Eisenbahner und sonstige Staatsarbeiterverbände als moderne Gewerkschaften hinzustellen, wenn das im Bericht geschieht, dann wohl deshalb, um mit nicht noch jämmerlicheren Mitgliederzahlen aufzumarkieren, als es schon geschehen muß. Wir halten die christlichen Staatsarbeiterorganisationen als das, was sie sind, wir stellen sie auf die Stufe der Kriegervereine oder ähnlicher Unterstützungsvereinigungen und kommen dabei von selbst zu dem Ergebnis, daß nicht einmal 300 000 christliche Arbeiter den christlichen Gewerkschaften angehören. Und dieses trügerische Resultat, obwohl in den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen, die in engster Beziehung zu den christlichen Gewerkschaften stehen, rund 600 000 Mitglieder vereinigt sind.

Dabei hat es ganz gewiß nicht an Agitation gemangelt. Der christliche Bergarbeiterverband gab 126 305 Mt. für Agitation aus, der christliche Textilarbeiterverband 124 552 Mt., der christliche Bauarbeiterverband 122 528 Mt. Die letzte Organisation zahlte an Unterstüngen an die Mitglieder 94 555 Mt., also weit weniger, als dem Verband die Agitation allein kostete!

Wenn förmlich gewaltige Summen für Agitation ausgeworfen werden, und wenn man nachlässig, keine Wert von Gelder gegen sich hat, im Gegenteil, wenn man von allen Seiten gehänselt und geprügelt wird, dann müßte es vorwärts gehen. Statt dessen zwar gegen 1910 einen Mitgliederzuwachs, fast 12 Monaten aber Stagnation. Nicht einmal 300 000 Mitglieder, die man mit knapper Not als Gewerkschaftler betrachten kann. Fürwahr, der Berichterstatter im christlichen Zentralblatt hätte alle Ursache, sich bescheiden in den Windeln zu brüden.

Wir sehen davon ab, die größten Verbände in der freien Gewerkschaftsbewegung mit den gesamten christlichen Gewerkschaften in Vergleich zu bringen. Der Deutsche Holzarbeiterverband mit 182 000 Mitgliedern hält allein einen Vergleich mit den gesamten christlichen Gewerkschaften aus, gleichgültig, ob es sich um Kampfe oder Unterstüngen zugunsten der Mitglieder handelt. Und das ist eine Organisation, die bei den freien Gewerkschaften an dritter oder vierter Stelle steht.

Alle Streiks und Unterstüngen veranlaßten 1911 sämtliche christlichen Gewerkschaften insgesamt 2 442 945 Mt., der Holzarbeiterverband rund 5 Millionen Mark. Wo werden da die christlichen Gewerkschaften bleiben, wenn er die Zusammenstellung der sämtlichen freien Gewerkschaften veröffentlicht und im Vergleich zu den Zusammenstellungen der christlichen Verbände gebracht werden? In den nächsten Wochen wird das ja geschehen können. Dann wird einmal wieder die ganze Jämmerlichkeit der „Christen“ offenkundig werden.

Nun zu den Streiks. Ingesamt sind in den christlichen Gewerkschaften 18 490 Arbeiter in Streiks und Aussperrungen verwickelt worden, davon 8100 allein in Aussperrungen. Stegerwald selbst stellt fest, daß im Jahre 1911 eine größere Anzahl Verbände in

die Streikbewegungen hineingezogen wurden, wie je vorher. Eine ganze Anzahl Verbände blieben von Streiks verschont, diesen überhaupt nicht streiken. Aber wer die christlichen Gewerkschaftsorgane liest, die christlichen Agitatoren hört, der sollte meinen, Deutschlands Arbeiterklasse wäre schlimm daran, ohne die christlichen Gewerkschaften. Soviel Erfolge weisen sie auf — auf dem Papier! In Wirklichkeit ergeben sich — wo von Erfolgen überhaupt die Rede sein kann, diese zunächst aus den Kämpfen der freigewerkschaftlichen Arbeiter. Es sind diese Erfolge Errungenschaften der starken Organisationen, der freien Verbände, an denen die christlichen Verbände dann mit teilnehmen. Daß der Berichterstatter diese Wahrheit nicht zugeben will, kann man ihm nachfühlen. Er verschwendet Zeit und Tinte lieber für die Herabsetzung der freien und zur lächerlichen Vermittelung der christlichen Gewerkschaften. Daß dabei die Phrase nicht zu kurz kommt, ist selbstverständlich. Ist es nicht erbarmungswürdig, wenn die stärkste christliche Organisation, der Bergarbeiterverein christlicher Bergarbeiter — dem man mehr als 80 000 Mitglieder zuschreibt — an ganzen 6 Lohn- und Streikbewegungen beteiligt war. Und dabei waren 2 Bewegungen, die nicht einmal zu einem Kampfe führten. Um so stärker war dieser Verband, wenn es sich darum handelte, Lohn- und Streikbewegungen kaputt zu machen. Die schuftigen Streikbrecherer der letzten Jahre sind aufs Konto dieser christlichen Organisation zu setzen. Der Berichterstatter ist stolz auf diese schmähliche Haltung einer Arbeiterorganisation und um sie zu beden, schwärmt er der Welt vor, daß der Deutsche Bergarbeiterverband Streiks zu politischen Zwecken zu mißbrauchen sucht. Wir sehen, Schuftstreiche können nicht mit ehrlichen Mitteln verteidigt werden.

Im übrigen quält sich der Berichterstatter lebhaft ab, um im langen und breiten die Unternehmer aus die „Umschreibungen der christlichen Programmpunkte“ hinzuweisen. Bedauernd weist er darauf hin, daß die christlichen Gewerkschaften früher in der „Sturm- und Drangperiode“ ihre Aufgabe, der sozialistischen Arbeiterbewegung die größten Schwierigkeiten zu bereiten, vernachlässigt hätten. Bestiglich der Streiks wird ausgeführt:

„In dem Programm der christlichen Gewerkschaften, wie es durch die Mainzer Zeitschrift formuliert wurde, wird gesagt, daß die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von verständigem Geist durchweht und getragen sein“ soll. Insbesondere aber heißt es: „Der Anstand darf nur als letztes Mittel und wenn Erfolg verheißend angewandt werden.“ Es kann zugegeben werden, daß auf diese Programmpunkte in den letzten Jahren mehr Nachdruck gelegt worden ist, wie in der „Sturm- und Drangperiode“ der Bewegung.“

Wenn das die Kirchenoberen, die Behörden, die Unternehmer nicht rührt, an der Kölner christlichen Zeitschrift liegt es nicht. In ähnlicher Weise wie oben geht es mehrere Spalten lang fort, an Widerspruch mangelt es nicht. Kaum hat der Berichterstatter die christlichen Gewerkschaften wegen ihrer streikbrecherischen Tätigkeit in Empfehlung gebracht, weist er auch schon wieder darauf hin, daß die christlichen Gewerkschaften sich betreffs des Streiks nicht geändert haben, was die Summen zeigen, die sie für Streiks und Lohnbewegungen ausgegeben haben. Ein tolles krauses Durcheinander, ganz so, wie wir es an dem Berichterstatter gewohnt sind. Nur da, wo es sich um den Kampf gegen die Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften handelt, bleibt er sich gleich. Dieser Kampf der Allgemeinheit der christlichen Gewerkschaften ist es aber auch, der die christlichen Gewerkschaften in gewissen Grenzen hält. Wer die Sozialdemokratie bekämpft und die freien Gewerkschaften, bekämpft die Millionen Arbeiter, die hinter diesen stehen. Diese Millionen Arbeiter sind erfüllt von dem Bestreben, wirtschaftlich und politisch vorwärts zu kommen. Wer ihnen in diesem Bestreben Schwierigkeiten bereitet, der ist nicht allein ein Feind der Millionen sozialdemokratisch denkenden Arbeiter, sondern der schädigt die politischen und wirtschaftlichen Interessen auch der christlichen Arbeiterklasse. Weil es so ist, darum können wir ruhig der zukünftigen Entwicklung der christlichen Gewerkschaften entgegensehen. Und der Berichterstatter kann uns glauben, wenn wir sagen: Die christlichen Gewerkschaften werden es auf dem von ihnen beschrittenen Wege niemals so weit bringen, den Vormarsch der sozialistischen Arbeiterbewegung aufzuhalten!

Die Parteilasaden sind eben härter als das Wollen von Leuten, die die Arbeiterzerfütterung auf ihre Fahne geschrieben haben.

Arbeitsnachweis und Gewerkschaftskampf.

Mit diesem Thema beschäftigte sich Julius Deutsch in der Neuen Zeit (Nr. 40). Er beginnt mit der Schilderung der Ware Arbeitskraft und in welcher Weise der Arbeitsnachweis als Kampfmittel für möglichen Vertretung dieser Ware benutzt wird. Es sei aber nicht allen Gewerkschaften geläufig, den gesamten oder auch nur einen größeren Teil der Arbeitsvermittlung in die Hände zu bekommen. Mit dem Erstarken der Arbeitgebervereine gewann auch der öffentliche Arbeitsnachweis der Gemeinden und anderer gemeinnütziger Institute an Bedeutung. Soweit die Tätigkeit dieser Arbeitsnachweise teilweise erfüllt werden könnte, ist ein Fortschritt der gewerkschaftlichen gegenüber der nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise nicht zu beobachten.

Infolgedessen habe sich die Stellung der Gewerkschaften zum Arbeitsnachweis im Laufe der Jahre wesentlich geändert, was an den verschiedenen Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse 1896 in Berlin und 1899 in Frankfurt a. M. zu erkennen sei. Die am letzten Kongresse angenommene Resolution besagt am Schluß: „Paritätische Arbeitsnachweise sind nicht zu verwerfen, wenn es dadurch den Arbeitern gelingt, zugleich ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger und stabiler zu gestalten.“

Die Entwicklung der Arbeitsnachweisfrage ist seitdem keine einheitliche gewesen, sie wird jedoch nicht mehr von rein prinzipieller, sondern von tatsächlichen Erwägungen geleitet.

Interessant sind die weiteren Ausführungen des Verfassers und bringen wir sie in unsern wörtlich zur Kenntnis, um daraus die nötigen Nutzenwendungen ziehen zu können:

„Das frühere abstrakte Festhalten an dem rein gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis hatte mit dem Sozialismus insofern Berührungspunkte, als es dem Proletariat, dem Träger des weltentfremdenden Klassenkampfes, die Verfügung über die wichtigste Produktivkraft, die Arbeit, überlassen wollte. Der Arbeitsnachweis erschien als ein Kampfmittel der Arbeiterklasse; es ihr zu erhalten, war oftmals ein zwingendes Gebot des proletarischen Klassenkampfes. Aber ebenso sehr als dieser dem Sozialismus nahegelegene Gedankengang hat ein anderer, ihm fremder, die Abneigung gegen ein Eingreifen öffentlicher Körperschaften behauptet. Dieser zweite Feiler des rein gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises führt auf die Theorie des Liberalismus zurück.“

Der wirtschaftliche Liberalismus strebt danach, jedem Individuum die größtmögliche Freiheit im Wirtschaftsleben zuzubilligen. Sein Ideal ist die Aramessfreiheit, die durch feingegliederte soziale Übertragung die Erwerbsmöglichkeiten einengt. Diese Theorie übertrug man auch auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und kam so zu der Meinung, daß auch der Verkäufer der Ware Arbeitskraft ohne Eingriff der Staat in seinen Handelsgeschäften verbleiben könnte. Es müßte ja auf den ersten Blick auch sehr verlockend

an, dem Arbeiter allein das Verfügungsrecht über seine einzige Ware, die er besitzt, die Arbeitskraft, einzuräumen. Dabei eine Befähigung in der Ablehnung jeder kommunalen oder staatlichen Regelung des Arbeitsmarktes und die Annahme eines prinzipiellen Interesses an der rein gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung.

Während also auf der einen Seite die sozialistische Überlegung von der Notwendigkeit und Befähigung des Klassenkampfes am gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis festhalten ließ, wirkten andererseits Gedankengänge, die dem wirtschaftlichen Liberalismus entsprangen, in derselben Richtung. Mit meinen mit, daß die Entwicklung zum kommunalen oder staatlichen Arbeitsnachweis keineswegs eine Abschwächung, sondern weit eher eine Verstärkung des sozialistischen Gehalts in der Arbeitsvermittlung bedeutet.

Gewiß wäre es für die kämpfende Arbeiterklasse von großer Bedeutung, wenn ihre Gewerkschaften im sicheren Besitz der Arbeitsvermittlung wären. Aber abgesehen davon, daß der gewerkschaftliche Einfluß auf die Arbeitsvermittlung unter den gegebenen Verhältnissen kaum erheblich zu steigern ist — man muß weit mehr das Gegenteil befürchten — müssen wir erkennen, daß die staatliche oder städtische Arbeitsvermittlung die Arbeiterklasse keineswegs eines allzu großen Vorteils beraubt, wenn bei der Übernahme entsprechende Garantien für die Arbeiter geschaffen werden. Und nur dann, wenn diese Garantien ganz ausreichend sind, wenn sie die Arbeiterklasse an der Leitung der Vermittlung in hervorragendem Maße teilnehmen lassen, sind wir ja erst für die Übernahme durch öffentliche Körperschaften. Bietet aber die Gesamtheit infolge des Einflusses der Arbeiterklasse diese Garantien, dann ist die Vergeßlichkeit der Arbeitsvermittlung nicht anders zu werten als die Vergeßlichkeit irgendeines andern Zweiges der Produktion.

Der Sozialismus bedeutet seinem Ziele nach die notwendige und planmäßige Regelung des Wirtschaftslebens für die Arbeitenden. Dem einzelnen wird das Recht genommen, über die Produktivkräfte zu herrschen, und die Gesamtheit an seine Stelle gesetzt. Wenn nun der Sozialismus die Herrschaft über alle Produktivkräfte erstrebt, wird er wohl die wichtigste Produktivkraft, die Arbeit, mit einbezogen wissen wollen. Er wird auf dem Arbeitsmarkt ebenso wenig wie auf dem Warenmarkt die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems dulden, sondern sie durch eine vernünftige Ordnung zu beseitigen streben. Die Gesamtheit wird also nicht allein mit den gewöhnlichen Waren, sondern auch mit der Ware Arbeitskraft selbst auf dem Markt erscheinen.

Jeder Schritt, der uns diesem Ziele näher führt, ist dem sozialistischen Standpunkt aus zu begrüßen. Wenn eine Gemeinde Arbeitsnachweise errichtet, so ist dies nicht minder ein kleiner — wenn auch sehr kleiner — Schritt zum Sozialismus; als wenn sie irgendeinen kapitalistischen Betrieb zur Weiterführung für die Gesamtheit übernimmt. Freilich, es kann Momente geben, in denen der Arbeiterschaft die Kommunalisierung irgendeines Unternehmens nicht erwünscht ist. Ebenso mag es zuzeiten vorkommen, daß die Kommunalisierung des Arbeitsnachweises unter gewissen Verhältnissen der Arbeiterschaft momentan nachteilig ist. Aber die Tatsache, daß eine Verstaatlichung oder eine Verstaatlichung im Wirtschaftsleben gegenwärtig unangenehm sein kann, hat uns nie gestört, über alle Schwierigkeiten hinweg dieses Prinzip aufrecht zu erhalten. Wir sind für die Verstaatlichung und die Verstaatlichung der Produktion, wohl wissend freilich, daß diese uns endgültig erst dann befriedigen werden, wenn das Proletariat auf Herrschaft gelangt ist.

Solange die öffentliche Gewalt ganz unumstößlich in den Händen der Klassengegner des Proletariats ist, wehren wir uns oft sehr nachdrücklich gegen eine von ihr bedingte Übernahme einzelner Produktionszweige. Noch vorzüglicher muß man natürlich sein, wenn es sich um die Übernahme einer für die Arbeiterschaft so sehr wichtigen Sache wie den Arbeitsnachweis handelt. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die frühere Ablehnung kommunaler Arbeitsnachweise nicht nur erklärlich, sondern in den meisten Fällen auch als tatsächlich richtig anzusehen. Nun haben sich aber die Verhältnisse nicht unmerklich geändert. Das Proletariat ist nicht mehr so einflusslos wie ehemals und kann infolgedessen dem regelnden Eingreifen der Gemeinde oder des Staates auf dem Arbeitsmarkt seine Zustimmung geben, wo es genügenden Einfluß auf die Staats- oder Gemeindevverwaltung erlangt hat, um zu verhindern, daß der beherrschende Arbeitsnachweis zu einem Machtzuwachs des Unternehmertums wird.

Dazu kommt, daß man in Gewerkschaftskreisen allmählich erkannte, daß der Arbeitsnachweis als Kampfmittel nicht gar so wichtig ist, als man vielfach meinte. Man kam mit einer starken Gewerkschaft auch ohne Arbeitsnachweis den Arbeitsmarkt und damit die Arbeitsbedingungen sehr erheblich beeinflussen, während eine schwache Gewerkschaft auch mit dem Arbeitsnachweis nichts auszurichten vermag. Daraus ist in letzter Linie entnommen, ist nicht die Verfügung über den Arbeitsnachweis, so wichtig die unter Umständen sein mag, sondern die Stärke der Organisation! Wenn die Arbeitsvermittlung von der Gesetzgebung einer befriedigenden Regelung unterzogen wird, hört sie auf, einen Kampfscharakter zu haben. Der Klassenkampf selbst hört aber selbstverständlich nicht auf. Die beiden kämpfenden Parteien verzichten auf ein Kampfmittel, um andre dafür mit um so größerem Eifer anzutreiben.“

Diese Auffassung des Arbeitsnachweises weicht freilich sehr erheblich von der jener bürgerlichen Ideologen ab, welche jeden Schritt zum paritätischen Arbeitsnachweis mit großem Frendengeschrei begrüßen, weil sie meinen, eine friedliche Lösung der Klassenengegenseit habe sich an. Wenn sich heute die Gewerkschaften mit dem Gedanken befremden, ihre eigenen Arbeitsnachweise aufzugeben und die Arbeitsvermittlung einer von den öffentlichen Gewalten gestützten paritätischen Kommission anzuvertrauen, so denken sie keinen Augenblick daran, nunmehr sämtliche Friedensschalmeien erklingen zu lassen. Die Gewerkschaften verlassen vielmehr einen Kampfboden, der im Laufe der Zeit für sie immer untauglicher geworden ist, um eine neue günstigere Kampfesposition zu beziehen.

Der Arbeitsnachweis wird eine Regelung durch die Gesetzgebung erfahren. Das ist nicht minder, wie es das erste Arbeiterkongreß gewesen, ein Sieg des Prinzips, den wir Sozialisten alle Ursache zu begrüßen haben. Staat und Gemeinde, als Vertreter der Gesamtheit, übernehmen die neue und wichtige Aufgabe, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu regeln. Unabhängig von dieser Regelung geht selbstverständlich der Kampf des Proletariats weiter, das nicht allein um bessere Existenzbedingungen in der Gegenwart, sondern um die Herrschaft in der Zukunft ringt.

Der Kampf im Granitwerke Seebach (Schwarzwald).

Kleine Urgraben, große Wirtinnen. Man kann in diesem Kampfe mit vollem Recht dieses Sprichwort anwenden, denn kleine Urgraben waren es, welche diesen Kampf hervorriefen. Zwei Schmiede verlangten eine Lohnzulage. Sie glaubten wohl dazu berechtigt zu sein in Anbetracht ihrer Arbeitsleistung. Aber da kamen sie schon an. Es wurde ihnen gesagt, sie sollen nur Überstunden machen. Das mußten sie natürlich zurückweisen, weil sie bei Tage schon so angestrengt waren, daß es ihnen gar nicht mehr möglich war vor lauter Ermüdung, noch Überstunden zu machen. Herr Zehle erklärte, bevor ich euch mehr Lohn gebe, geht ich lieber einem fremden Schmied 90 Pfg. die Stunde. Die Schmiede hätten sich aber schon mit 60 Pfg. zufrieden gegeben. Zudem muß bemerkt werden, daß sie schon lange in dem Betrieb arbeiten und somit die Firma mit ihnen zufrieden war. Sie konnten nichts erreichen und waren

gezwungen zu kündigen. Und so glaubte die Firma gezwungen zu sein, nun sämtlichen Arbeitern zu kündigen. Aber das blieb nicht auf Seebach beschränkt, sondern es kamen auch noch Neufas und der Kappelerwald in Frage, welche Geschäftsbereiche auch zu Seebach gehörten. Auch der Betrieb Reitmeyer kam in Frage, denn es besteht dort ein Vertrag mit Herrn Thiele, ihm ein gewisses Quantum Steine zu liefern. Die dort beschäftigten Pflasterer hatten einstimmig beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Als aber dort die Kündigung verwirklicht werden sollte, haben sie den Rückzug angetreten bis auf zwei Mann. Einen davon hat man für den „Heber“ gehalten und ihn hinausbugliert. Die gebliebenen waren organisiert und wußten, daß sie für Thiele arbeiten müssen. Wie diese das mit ihrer Solidarität in Einklang bringen, ist uns ein Rätsel. Die Gründe, welche sie vordrachten, waren nicht stichhaltig. Diese Kollegen haben somit bewiesen, daß sie bloß Mitläufer und keine überzeugten Kollegen sind. Aber trotz alledem macht das keinen großen Eindruck auf den Kampf. In Neufas sind noch vier Mann zu unterstellen. In Kappelerwald überhaupt keiner mehr. Im Kappelerwald ist das Geschäft dem Herrn Thiele aus der Hand genommen worden, es ist an das „Vulkanwerk Haslach“ übergegangen; ebenfalls auch ein Betrieb in Kappelerwald ist an Störger in Andlau übergegangen. Auch in Seebach wird in kurzer Zeit ein neuer Unternehmer einziehen. Der Plan des Herrn Thiele, keine Konkurrenz in seiner Nähe zu haben, ist somit ins Wasser gefallen. Die bisher gepflogenen Unterhandlungen scheiterten an dem ablehnenden Verhalten der Firma. Bei der letzten Unterhandlung wurde für dieses Jahr bloß ein Pfennig bewilligt. Das nächste Jahr soll auf eine andre Sorte ein Pfennig zugelegt werden und im dritten Jahr wieder ein Pfennig auf eine andre Sorte; für die nächstfolgenden drei Jahre gibt es nichts, denn der Tarif soll auf 6 Jahre abgeschlossen werden. Den Schmieden will die Firma 5 Proz. zahlen, währenddem sie früher im Betrieb Grimmswald 11 Proz. und 14 Proz. bezahlte hat. Das alles kann man eher „Verhöhnung“ als Lohnhöhung nennen. Herr Thiele war jetzt auf der Suche nach Helfern in der Not, und es ist ihm auch gelungen, 15 Mann heranzulocken. Sie sollen aus Ostpreußen sein und tüchtige Arbeiter abgeben, aber nicht im Steinbruch, sondern im Schnapstrinken. Sie erklärten uns, sie hätten nicht gewußt, daß hier Streit sei, sie hätten einen Vertrag, im Tagelohn zu arbeiten bei 4.50 Mk., dabei Kost und Logis frei. Aber mit des Schicksals Wächten ist kein ewiger Bund zu schließen und das Unglück schreitet schnell. Morgens gekommen und gegessen und getrunken, und abends wieder gegangen, mit welcher wehmüttsvollen Augen man ihn nachgehessen haben. Das war wieder ein Schlag ins Wasser für die Firma. Hoffentlich wird sie jetzt bald einsehen, daß es doch besser ist, mit den alten Arbeitern zu verhandeln und sich zu einigen. Gehäbet haben diese hergelockten 15 Mann den kämpfenden Kollegen nicht. Jetzt gilt es erst recht den Kampf aufzufächeln, unser muß der Sieg sein. Es ist die unbedingte Pflicht und Schuldigkeit des Zentralverbandes, die kämpfenden Kollegen finanziell so lange zu unterstützen, bis sich der Sieg an ihre Fahnen heftet. Dem Herrn Thiele muß gezeigt werden, daß er mit einer Macht zu rechnen hat, welche nicht gewillt ist, seine preiswürdige Arnte zu küssen. Wir haben es hier mit einem starkköpfigen Unternehmer zu tun. Bisher ist von den kämpfenden noch keiner zum Arbeitswilligen geworden, was auch, nach der Stimmung zu schließen, nicht eintreffen wird.

Korrespondenzen.

Bad Dürkheim. Am 10. Juli tagte hier unsere ordentliche Generalversammlung. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Kalbfuß gab, war zu entnehmen, daß der Geschäftsgang ein guter war. Infolge dessen seien auch wenige Tarifstreitigkeiten vorgekommen. Der Organisationsstand sei ein guter. Zu bedauern sei, daß eine Anzahl Kollegen bei der Firma Fidejess uns noch fernstehen, ebenso daß mehrere Kollegen rückständig seien. Der Geschäftsbericht wurde befriedigend aufgenommen. Beim Punkte Neuwahl wurde die alte Vorstandschaft per Affirmation zum großen Teile wiedergewählt. An Stelle des Kassierers, der wegen Ueberlastung ablehnte, wurde Kollege Georg Heidemann gewählt, der zuvor diese Funktion vier Jahre mit Gewissenhaftigkeit und Umsicht bekleidete. Ferner wurde ein Schriftführer sowie zwei Revisoren neugewählt. Im dritten Punkte wurde beschlossen, einen Gewerkschaftsausflug zu veranstalten. Die Versammlung ist der Ansicht, daß hierdurch das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt werde. Dann wurde von Seiten des Kassierers der Antrag gestellt, daß Sonntag nachmittags von 1 bis 3 Uhr Kassenstunden eingeführt werden sollten, welches von den Mitgliedern angenommen wurde.

Bonn. Die am 14. Juli stattgefundene Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Im ersten Punkte der Tagesordnung gab der Kassierer Kollege Dreher den Kassenbericht vom zweiten Quartal bekannt. Die Revisoren und der Gauleiter bestätigten, daß alles in bester Ordnung war. Dann wurde über die Lohndifferenzen bei der Firma Ader Bericht erstattet. Einige Kollegen, welche hauptsächlich mit dem Nacharbeiten in Bafant-Lana beschäftigt werden, stellten an Herrn Ader das Ersuchen, doch den Lohn von täglich 4 Mk. um 25 Pfg. und den Lohn von 3.75 Mk. auch um 25 Pfg. zu erhöhen. Dies lehnte Herr Ader ab; er erklärte, wenn es nicht paßt, der kann gehen. Die Kollegen traten deshalb bei der Firma aus. Nun wurde einigen andern beschäftigten Kollegen zugemutet, daß sie die Arbeit machen sollten. Mit Recht lehnten die Kollegen eine solche Zumutung ab. Die Diskussion über diesen Punkt war eine sehr lebhaft. Auch der Vorstand der christlichen Zahlstelle sprach sich dahin aus, daß alles versucht werden müsse, um den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen. Es soll am Montag vormittag eine Kommission bei Herrn Ader vorsehen, damit eine Einigung erzielt wird. Sollte Herr Ader noch mehr Kollegen aufs Pflaster werfen, dann wird von den andern beschäftigten Kollegen Solidarität erwartet. Von den bei der Firma beschäftigten Kollegen sind etwa zwölf im christlichen Keramarbeiterverband und zwei Kollegen freiorganisiert. Gauleiter Herrmann ermahnte die freiorganisierten Kollegen, wenn die Arbeitsniederlegung erfolgt, ebenfalls die Arbeit einzustellen. Hoffentlich findet sich die Firma Ader veranlaßt, die gerechten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Dringend notwendig ist es, daß auch in Bonn recht bald ein tariflich geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis geschaffen wird. Zum ersten Vorsitzenden wurde dann einstimmig der Kollege Duadt und zum zweiten Vorsitzenden der Kollege Lengen gewählt.

Döblich. Am 10. Juli fand in Döblich im Verbandslokal bei Herrn Thomas eine Generalversammlung der hiesigen Steinarbeiter statt. Der Besuch war sehr mangelhaft, und es wäre doch zu wünschen, daß sich die Kollegen an solchen Versammlungen besser und zahlreicher beteiligen möchten. Unser Kassierer P. Neumann gab die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 1721.50 Mk., die Ausgabe 1104.02 Mk., mithin Kassenbestand 617.57 Mk. Im Laufe des 2. Quartals waren eingetreten 36 Kollegen, so daß insgesamt am Schlusse desselben die Zahlstelle 825 Mitglieder zählte. Die Revisoren gaben der Versammlung bekannt, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung sind und es wurde deshalb dem Kassierer Entlastung erteilt. Einen längeren Vortrag hielt dann Kollege Neumann über den Verbandstag in München. Der Referent wurde mit dem größten Beifall belohnt. Dann fand Wahl des Gesamtvorstandes statt; sämtliche Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt bis auf den 2. Vorsitzenden, welchen sich drüben die Königshainer Kollegen wählen wollten. Da aber auch nicht ein einziger Kollege von drüben erschienen war, wurde vorläufig die Wahl desselben vertagt. An dieser Stelle danken wir dem Wirt für sein großes Entgegenkommen und seine Gastfreundschaft.

Grünfeld. Bei der von den Herren Gebr. Vetter gegründeten Firma Bayerische Steinwerke, Sitz Würzburg, bestehen schon seit einigen Wochen Differenzen wegen dem Prozentzuschlag für Denkmalsarbeit. Die Firmeninhaber behaupten, ihr Material sei Grünfelder untere Lage, und der dafür im Tarif vorgesehene Abzug von 20 Prozent verpflichte sie keinesfalls, bei Grabsteinarbeit mehr als den Grundpreis des Tarifs zu zahlen. Diese Behauptung entspricht keinesfalls den Tatsachen, und wurde der Firma nach Erfundigungs-

gen in andern Geschäften der Nachweis erbracht, daß ihr Material dem Kirchheimer Kernstein in seinen Härtegraden vollständig gleichkommt. Durch die Verhandlung zwischen der Gaulteitung und Herrn Georg Vetter wurde vereinbart, daß bei allem harten Material der Grundpreis, soweit Bauarbeit in Frage kommt, und bei Grabsteinarbeit 20 Prozent Zulage gezahlt wird. Da einzelne wirklich weiche Steine zur Verarbeitung kommen, sollen zwei Probe-Steine, die zur jeweiligen Beurteilung der Gesteinhärte dienen sollen, angefertigt werden. Leider ist die Firma ihrem der Lohnkommission und dem Gaulteiler gegebenen Versprechen bis heute noch nicht nachgekommen und fehlen die Probe-Steine noch immer. Sonderbar muß es aber berühren, daß, nachdem etwas wenig Arbeit im Geschäft ist, der Geschäftsführer Herr Demant, der den Verhandlungen beizuhilfen, den Kollegen nur 10 Prozent Zuschlag für Grabstein- und dergleichen Arbeit anbot. Die Kollegen lehnten dies ab, und mit Recht. Wegen der damaligen Ablehnung, besonders durch die Kommission, nahm man an derselben Sache und entließ sie, trotzdem es die im Betriebe am längsten mit beschäftigten Arbeiter waren, zuerst. Allerdings wurde von Seiten der Firma behauptet, es sei keine Entlassung, sondern nur ein Aussetzen. Wir wissen aber zur Genüge, daß das Aussetzen einer indirekten Entlassung und fernerer Fernhaltung vom Betriebe gleichkommt. — Herr Georg Vetter gab nun bei einem Vorfälligwerden unsererseits die Erklärung ab, daß er für strengere Durchführung des Tarifs sei und keinen Arbeiter, der in diesem Sinne wirke, maßregeln. Die jetzt ausgestellten und die früher bei Holzmann beschäftigten Steinhauer würde er ebenfalls nach Bedarf einstellen. Inwieweit Herr Demant, der ein äußerst schnelles Auftreten als Volier an den Tag legt, das Versprechen des Firmeninhabers einhält, muß die Zukunft lehren. Die gegenwärtig bei der genannten Firma beschäftigten Kollegen werden dringend ersucht, auf die genaueste Einhaltung des Tarifs zu achten.

Häslach (Rauß). Am 9. Juli hielten wir unsere Monatsversammlung ab. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, worauf der Kassierer entlastet wurde. Der bisherige Kassierer wurde einstimmig wieder gewählt. Ferner wurde die Nichteinhaltung der Arbeitszeit kritisiert. Es gibt Kollegen, die immer noch elf und zwölf Stunden arbeiten; bei der Firma Riefcher in Reichenbach sogar noch länger. Diese Mißstände müssen beseitigt werden. Auch die „gehime“ Sperre kam zur Sprache. Diese soll aufgehoben sein (!). Weiter wurde verlangt, daß gleichmäßiger geschossen wird. Bei einer Firma wird schon bei Beginn der Pause geschossen, so daß die Arbeiter nicht schnell genug ausreifen können, bei der andern dauerts wieder länger, so daß die Kollegen in der Frühstücksstunde in Gefahr kommen können. Das Vertrauen zum Verbandsrat ist hier sehr groß, wir wissen, daß unsere Interessen nur im Steinarbeiterverbande vertreten werden.

Kamenz (Rauß). Seit einiger Zeit versuchen hier die Agitatoren vom christlichen Keramarbeiterverbanden ihr Heil. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, nur hauptsächlich in wendischen Dörfern ihre Fische zu fangen. Es ist ihnen aber trotz großer Mühe immer noch nicht gelungen, die wendischen Kollegen in die Netze zu treiben. Es ist besonders der gut bekannte Herr Küper-Dortmund, der in dieser Gegend als Agitator auftritt. Herr Küper-Dortmund weiß bei seiner Agitation weiter nichts, als den Steinarbeiterverband zu verleumden. Er macht die wendischen Kollegen grüßlich vor den freien Gewerkschaften. Er meinte, es seien alle Sozialdemokraten, die die Kirche stürzen wollen, und ein christlich denkender Mensch könne niemals einem sozialdemokratischen Verband angehören. Das sind Herrn Küpers Wäzner, an die die wendischen Kollegen anbeifeln sollen. Bis jetzt hat das immer noch nichts genügt, und nun versucht es Herr Küper auf eine andre Weise. Er geht in den Betrieb, wenn die Leute arbeiten, hält sie von der Arbeit ab und will sie dadurch gewinnen. Er soll es sich dabei auch auf einen Kasten Bier nicht antommen lassen — damit die Leute mehr Mühe bekommen. Küper ging auch zum katholischen Pfarrer und klagte ihm sein Leid. Ich kann Herrn Küper nur wünschen, sich beim Pfarrer den letzten Trost zu holen. Der Pfarrer natürlich, der auch für die Sozialisten hat, tat nichts Gütigeres, als Herrn Küper zu sagen, wer sich nicht christlich organisiert, darf nicht mehr auf meinem Grundstück arbeiten. Trotzdem er den Betrieb verpachtet hat, geschah doch das eigentümliche. Herr Küper, der seinem Herzen durch die Worte des Herrn Pfarrers Luft gemacht hatte, ging mit tiefen Schritten in den Betrieb und hatte nichts Gütigeres zu tun, als wie den Leuten mitzuteilen, was der Pfarrer gesagt hatte. Und am Sonnabend schon, als sich die Leute immer noch nicht hatten einsprechen lassen, wurde einem Kollegen von uns gefündigt, ohne daß der Unternehmer Kenntnis davon hatte. Das ist wahre Christenliebe. Das sind die christlichen Agitationsmittel, mit denen sie auf den Gimpelgang gehen. Wir meinen, wenn Herrn Küpers Sache gerecht wäre, so würde er die Versammlungen öffentlich machen, so wie es die freien Gewerkschaften tun. Wir würden Herrn Küper schon nichts schuldig bleiben. Herr Küper wird sich wohl noch erinnern können, wenn seine Kopfschmerzen nicht gar zu heftig sind, als er in Reibschütz die Versammlung abhielt und sich eine glänzende Abfuhr holte. Damals stand Herr Küper da, wie der betäubte Kohgerber, dem die Felle fortgeschwommen sind. Wir wünschen ihm recht viel Glück! Den wendischen Kollegen aber rufen wir zu, laßt euch nicht irre führen von einem Menschen, der euch mit allerhand Schmeicheleien kommt oder gar schließlich für den Durt etwas spendieren will. Es muß ein jeder klar denkende Mensch begreifen, daß das entweder von den Beiträgen der Mitglieder geht oder der Agitator hat einen sehr hohen Gehalt.

Paul Menzel

Kirchheim. Die am 5. Juli stattgefundene Versammlung war nicht so besucht wie es sein sollte, insbesondere fehlte ein großer Teil der Kollegen der umliegenden Ortschaften. Gegen die vom Kassierer Schöffner bekannt gegebene Abrechnung wurden Einwendungen nicht gemacht. Angeregt wurde, die persönliche Statistik weiterzuführen, damit bei den zukünftigen Tarifverhandlungen wir das nötige Beweismaterial bezüglich der Löhne zur Hand haben. In den Vordenen sollen diesbezügliche Beschlüsse gefaßt werden. Eine lebhaft Debattierte entspann sich über die Betriebsverhältnisse der Firma Schilling. Besondere Erwähnung verdient, daß die Bundesratsverordnung und die Unfallversicherungsvorschriften nur mangelhaft eingehalten werden. Es werden fortgesetzt Steinhauer eingestellt, ohne daß die Firma den notwendigen Platz schafft. Die vorhandenen Arbeitsbuden reichen nicht im geringsten aus. Die mißliebigen Kollegen stellt man nicht ein. Die Arbeit wird unregelmäßig verteilt, um sogenannte Renommierlöhne zu erzielen. Im Bruche arbeiten einige Abträger über die gewöhnliche Arbeitszeit ohne jegliche Aussicht. In letzter Zeit sind verhältnismäßig viel Unglücksfälle, unter andern auch ein tödlicher, vorgekommen. Dies hat seine Ursache in der Hast, mit der gearbeitet wird. In den andern zwei größeren Betrieben der Firma Gebr. Zeidler und Holzmann bestehen die ähnlichen oder gleichen Mißstände. Insbesondere wird bei letzterer Firma seit einigen Monaten eine eigenartige Geschäftspraxis geübt. Der Tarif wird auf das kniffligste ausgelegt, Leute werden fortgesetzt eingestellt, ohne daß man für die vorhandenen Arbeitskräfte ausreichende Arbeit hat. Leider unterliegen es die Kollegen der beiden Firmen, sich in der genügenden Weise über ihre Verhältnisse auszusprechen. Die Ortsverwaltung fordert in Zukunft von den Kollegen aller Betriebe und aller Branchen, daß berechnigte Beschwerden ihr persönlich und auch in den Versammlungen unterbreitet werden. — Aus dem Gewerkschaftsartell Heidingsfeld tritt die Zahlstelle aus, um für das Arbeitersekretariat Würzburg, das ziemlich stark von den Kollegen in Anspruch genommen wird, einen größeren Betrag abführen zu können. Mit dem Wunsche, es möchten in Zukunft die Versammlungen auch besser von den auswärtigen Kollegen besucht sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg. Am 9. Juli tagte unsere Monatsversammlung. Beim ersten Punkte der Tagesordnung wurde ein Kollege in unsern

Verband aufgenommen, welcher bei der hiesigen Firma Erhardt, die wohl schon ziemlich bekannt sein dürfte, durch eine Annonce — ausschließlich — des „Steinarbeiters“ als Schriftführer Arbeit bekam. Selbige Firma verdient es wirklich, etwas näher beleuchtet zu werden. Sie annouciert im „Steinbildhauer“ und in andern Lokalblättern nach Arbeitskräften. Kommt dann ein Kollege hierher, dann geht es ja ein paar Wochen, ist er aber dem Herrn nicht sympathisch, dann ist ja die gute Zeit vorbei, und nichts ist mehr recht zu machen. Es bleibt nun meistens nichts mehr übrig, als zu gehen. Zu Pfingsten war ein verheirateter Kollege gezwungen, auf Grund der „guten“ — Arbeit, die ihm zugeschoben wurde, seine Arbeitsstelle zu wechseln. Da versuchte Herr E., den Kollegen bei verlassenen Firmen, welche er per Rab besuchte, liebevoll vorzumerken, was ihm aber nicht gelungen ist. Die Kollegen tun deshalb gut, wenn sie sich bei Arbeitsangeboten erst in den Zahlstellen erkundigen. Weiter mußte man bedauern, daß es verschiedene Kollegen nicht für nötig finden, sich politisch zu organisieren, und die Parteipresse, die Königsberger Volkszeitung, zu lesen.

Königsbrück. Am 13. Juli tagte hier unsere Mitgliederversammlung. Von 125 Mitgliedern waren 30 anwesend. Unser Kassierer Guhr gab die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Die Einnahmen betragen 937.24 Mk., die Ausgaben 654.20 Mk., somit bleibt ein Lokalfonds von 282.94 Mk. Kritisiert wurden die Vordenverhältnisse bei der Firma Nietke. Hoffentlich beehrt uns baldigt die Gewerbeinspektion mit ihrem Besuch. — Die Versammelten sind auch darüber ungehalten, daß ein Bruchmeister in der Kantine, die er verwaltet, sehr hohe Preise nimmt. Wir betonen, daß dieses ungehörig ist. Weitere Schritte behalten wir uns noch vor. — Ein Skandal ist es, wenn hier die Versammlungen immer so schlecht besucht sind. Wo bleibt da das Selbstvertrauen zum Verbandsrat?

Münnerstadt. Vier tagte am 9. Juli unsere Monatsversammlung. Zu Punkt 1 verlas der Kassierer die Quartalsabrechnung, welche von den Revisoren für gut befunden wurde. Darauf hielt Kollege Lohse ein ausführliches Referat über den Verbandstag. Er betonte, daß wir einen tüchtigen Kollegen zum Verbandstag gewählt hätten und demselben für seine Arbeit danken müßten. Es tat uns sehr leid, daß uns Kollege Langhammer aus Steinach nicht selbst Bericht erstattete. Lohse referierte über den Tarif und kritisierte das Verhalten der Kollegen. Dann hielt Kollege Lohse noch ein mit Beifall aufgenommenes Schlußwort.

Seeburg bei Gotha. Am 7. Juli fand eine Distriktsversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Vertreten waren die Orte Erfurt, Gotha und Arnstadt. Zunächst erstattete Kollege Koch-Erfurt den Jahresbericht, wonach vier Distriktsversammlungen im Berichtsjahr stattgefunden haben. Lohnunterschieden, zu welchen der Bezirksleiter zugezogen war, waren drei zu verzeichnen, wovon zwei mit Erfolg geschlichtet werden konnten. Als Bezirksleiter wurde Kollege Koch-Erfurt und als Schriftführer Kollege Geiß-Gotha wiedergewählt. Als Stellvertreter des Bezirksleiters Kollege Koch-Erfurt. Unter Punkt: Tarifangelegenheit wurde der Herrenpunkt, auf den sich die Firma C. E. Merkel namentlich bei Vereinbarung von Werkstücken stellt, einer scharfen Kritik unterzogen. Auch das Vorgehen dieser Firma bei Einstellung von Arbeitskräften gab zu scharfem Protest Anlaß, da ansässige Kollegen abgewiesen und fremde Arbeitskräfte eingestellt werden. Auch im Garantwert der Firma A. Schleipfer scheint etwas Ungewöhnliches vor sich zu gehen, denn am Sonnabend, den 6. Juli, wurden sämtliche Arbeiter entlassen mit der Motivierung, der ganze Betrieb würde stillgelegt. Ob es nur eine Schiebung ist, um die organisierten Steinarbeiter los zu werden, muß abgemart werden. Des weiteren wurde die Frage erörtert ob es nicht besser wäre, wenn der Zentralvorstand, bevor er einen Kollegen wieder aufnimmt, dessen Namen im Steinarbeiter veröffentlichen würde, damit nicht jeder auch Kollege in unsere Reihen treten kann. Ferner wurde beschlossen, die Zahlstelle Arnstadt dem Erfurter Bezirk anzugliedern. Zum Schluß forderte Kollege Koch die Anwesenden auf, nach Kräften für unseren Verband zu agitieren; auch das gegenseitige freundliche Betragen zueinander müsse gepflegt und mehr freiwillige Disziplin unter den Kollegen Platz greifen. Dann wurde auch das Verhandeln bei Lohnunterschieden und dergleichen ein leichteres und schnelleres sein. Reicher Beifall lohnte am Schlusse den Redner für seine Ausführungen.

Ströbel. Hier fand am 13. Juli eine Versammlung statt. Kollege Staudinger, welcher in Ströbel in einer Lohnbewegungsfrage zu tun hatte, kam der Aufforderung nach, um hier ein Referat abzuhalten. Das Thema lautete: Die Beseitigung des wilden Akkordsystems durch Schaffung eines Tarifvertrages. Redner schilderte eingehend die Schäden des wilden Akkordsystems, welches in erster Linie dazu dient, mit der menschlichen Arbeitskraft richtig Haus zu treiben. Daß sich in der Pflastersteinbranche Tarifabschlüsse durchzusetzen erweisen, zeigen ja die Vorgänge in der Lausitz und in Schlesien in hinreichender Weise. In Ströbel herrscht allerdings zurzeit eine gewisse Mißstimmung, weil die Verhandlungen noch nicht begonnen haben. Er könne die Erklärung abgeben, daß der Verband hier ebenfalls auf einen Tarif pochen wird. Es müsse aber Disziplin geübt werden, mit der Streikstimmung sei es noch nicht getan. Redner hegt die Zuversicht, daß mit der Firma Schall eine Einigung erzielt wird. Das in Ströbel und Kalthaus möglich war, muß auch in Ströbel durchzuführen sein. Die Debatte bewegte sich in zustimmendem Sinne. Es wurde gewünscht, daß in Queisau sofort mit einer umfassenden Hausagitation eingesetzt werden sollte. Es muß Aufgabe der Zahlstellenverwaltung sein, in kürzester Zeit mit einer ansehnlichen Mitgliederzunahme aufwarten zu können. Genosse Klöppel, Gauleiter des Brauer- und Mühlenarbeiterverbandes, hielt ebenfalls eine begeisterte Ansprache. Er forderte besonders zur regen Mitarbeit in der Agitation auf.

Weglar (Rahn). Wenn man den Bericht der Zahlstelle Frankfurt a. M. in Nr. 28 des „Steinarbeiter“ durchsieht, muß man zu der Meinung kommen, den Frankfurter Kollegen wäre bei der Wahlkreiserteilung zum Münchener Verbandstag große Ungerechtigkeit widerfahren. Wie liegt aber die Sache in Wirklichkeit? Die sechs Zahlstellen des 7. Gaues zählen ungefähr 180 Mitglieder, dagegen die Zahlstellen Frankfurt 231 und Offenbach 22, zusammen über 250 laut letzter Quartalsabrechnung. Für wen lag also die Sache günstiger, für Weglar oder für Frankfurt? Oder denken die Kritiker, die Einteilung hätte dieselbe sein müssen wie vor zwei Jahren? Auch müssen sich die Frankfurter Kollegen mit dem Gedanken abfinden, daß Wahlkreisverchiebungen stattfinden müssen wegen der stetig wachsenden ländlichen Kollegenchaft. Ja, auch die ländlichen Zahlstellen haben das Recht, einen Kandidaten zu entsenden, nicht allein die G r o ß s t ä d t e. Des weiteren besteht bei den Frankfurter Kollegen der eigentümliche Verdacht über das Wahlergebnis. Denken denn die Kritiker, die ländlichen Kollegen sind sich ihrer Lage nicht bewußt? Auch haben die einzelnen Zahlstellen das Recht, sich über einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen. Also weshalb diese g r u n d l o s e Verdächtigung? In Nr. 27 des „Steinarbeiter“ wird von den Frankfurter Kollegen sogar anerkannt, was der Vorsitzende Starke in seinem Bericht in München sagte: „Unsere Zukunft liegt auf dem Lande!“ Hiernach zu richten, müßten sich die Frankfurter Kollegen ebenfalls sagen, daß auch die ländlichen Kollegen ein Recht haben, ihre Interessen auf dem Verbandstage zu vertreten. Wäre unser Kandidat unterlegen, wir hätten mit feiner Wimper gezuht. Und schließlich muß man auch einen Durchfall ertragen können.

Kollegen! Seid unausgeseht tätig für eure Organisation!